

Klaus-Jürgen Hedrich/Klaus-Peter Klaiber/
Volkmar Köhler/Carsten Kreklau/Armin Laschet/
Werner Link/Ruprecht Polenz

Globalisierung und Politik

Aktuelle Fragen der Politik Heft 41

Herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung

Redaktion dieses Heftes:
Wilhelm Hofmeister

Menschen und Märkte wachsen weltweit zunehmend enger zusammen. Die Medien und die moderne Kommunikationstechnologie machen es möglich, daß immense Geldbeträge in Sekundenschnelle von einem Ende der Erde zum anderen transferiert werden und daß wir zeitgleich über Ereignisse und Entwicklungen in allen Teilen der Erde informiert sein können. Die Vision vom "globalen Dorf" in der "Einen Welt" nimmt immer mehr Gestalt an. Der Begriff zur Kennzeichnung dieser Entwicklung heißt "Globalisierung".

Globalisierung stellt Staat und Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vor neue Aufgaben und Herausforderungen. Aus unterschiedlicher Perspektive liefern die Autoren Beiträge zu der Globalisierungsdebatte. Diese Diskussion ist notwendig, damit wir mit den Chancen und Gefahren aus der Globalisierung umzugehen lernen.

Die Autoren:

Klaus-Jürgen Hedrich, Mitglied des Deutschen Bundestages, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Klaus-Peter Klaiber, Ministerialdirektor, Leiter des Planungsstabes des Auswärtigen Amtes

Dr. Volkmar Köhler, Parlamentarischer Staatssekretär a.D., Leiter des Planungsausschusses der Konrad-Adenauer-Stiftung

Dr. Carsten Kreklau, Mitglied der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie

Armin Laschet, Mitglied des Deutschen Bundestages, Mitglied im Auswärtigen Ausschuß, im Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union und im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Professor Dr. Werner Link, Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen der Universität zu Köln

Ruprecht Polenz, Mitglied des Deutschen Bundestages, Mitglied im Auswärtigen Ausschuß und im Verteidigungsausschuß

Die Reihe kann bezogen werden von der

Konrad-Adenauer-Stiftung

Referat für Publikationen

Postfach 1420

D-53732 Sankt Augustin

Telefon 0 22 41/246-598

Telefax 0 22 41/246-479

E-Mail: zentrale-vb@vb.kas.de

Die Hefte der Reihe "Aktuelle Fragen der Politik" können auch im Internet unter der Adresse <http://www.kas.de> abgerufen werden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Herstellung: Druckerei Franz Paffenholz GmbH, Bornheim

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

© 1996, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin

Alle Rechte vorbehalten

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Stiftung

ISBN 3-931575-30-6

Printed in Germany

INHALT

Armin Laschet:

Plädoyer für eine globale Politik ... 7

Werner Link:

Nationalstaatliche Politik
unter neuen Bedingungen ... 15

Ruprecht Polenz:

Globalisierung – wo liegen die Aufgaben
der Politik? ... 25

Carsten Kreklau:

Wirtschaft und Politik im Zeitalter
der Globalisierung ... 35

Klaus-Peter Klaiber:

Neue Anforderungen an die Außenpolitik ... 45

Klaus-Jürgen Hedrich:

Entwicklungspolitische Zusammenarbeit
zwischen nationalen Interessen
und Globalisierung ... 49

Volkmar Köhler:

Globalisierung als Gestaltungsaufgabe
für die Politik

... 59

Plädoyer für eine globale Politik

Armin Laschet

”Im globalen Dorf können wir nur gemeinsam gewinnen!” So formulierte der deutsche Außenminister Klaus Kinkel bei der Einweihung von ”Haus Carstanjen” am 20. Juni 1996, als in Bonn der erste Sitz einer Organisation der Vereinten Nationen in Deutschland eröffnet wurde.

Globales Dorf, Eine Welt, Weltinnenpolitik, neue Weltordnung, ”Global Governance” übersetzt mit Weltordnungspolitik, Globale Allianz – an Begriffen fehlt es nicht am Ende des 20. und beim Übergang ins 21. Jahrhundert, um die Veränderungen und den dramatischen Wandel der internationalen Beziehungen zu beschreiben. Dieses verzweifelte Ringen um Worte, das sich in so gegensätzlichen Begriffen wie ”Dorf” und ”Welt” für den gleichen Sachverhalt zeigt, macht eines deutlich: Die Überzeugung wächst, daß die klassischen Nationalstaaten nicht mehr in der Lage sind, die Probleme und Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu lösen. Damit setzt sich ein historischer Trend fort, bei dem sich die Handlungszentren der Gesellschaft immer weiter ”nach oben” verschoben haben. Von den Familien-Clans über die Dorfebene und die gerade in Deutschland ausgeprägten regionalen Fürstentümer hat diese Entwicklung beim Nationalstaat nicht halt gemacht. Auch wenn sich in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Ziel, zu verhindern, daß die Nationalstaaten erneut in kriegerischen Konflikten aufeinanderprallen, die Europäische Union als Einheit sui generis herausgebildet hat, wird auch diese Ebene nicht alleine die globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bewältigen können, so daß ein System globaler Handlungsmechanismen erforderlich wird.

Die Herausforderungen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert unterscheiden sich grundsätzlich von denen, die 1945 zur Gründung der Vereinten Nationen führten. Damals entstand eine Organisation aus unmittelbaren Erfahrungen der größten Katastrophe der Menschheitsgeschichte nach einem Krieg mit Millionen von Toten und einem Völkermord nie dagewesenen Ausmaßes. Männer und Frauen gründeten diese Organisation, um einen Rückfall in einen ungezügeltten Krieg, in ausufernden Nationalismus, in den Verlust der Freiheit, aber auch in wirtschaftliche Depression zu verhindern. Aus diesem Geist ist auch die Charta der Vereinten Nationen verfaßt worden, die einerseits ”fest entschlossen” das Ziel formuliert, ”künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren” und andererseits den ”Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit” bekräftigt und anstrebt, ”den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern”.

An diesen Zielen hat sich auch nach 50 Jahren nichts verändert, gerade weil die "Geißel des Krieges" in dieser Zeit nicht beseitigt worden ist, sondern weiterhin "unsagbares Leid", wenn schon nicht für die Menschheit, so doch aber für Millionen von Menschen gebracht hat. Dies geschah im Rahmen einer Weltordnung, die seit Jalta und Potsdam für eine geteilte Welt galt, und durch die Dominanz zweier Weltmächte, deren militärisches und ideologisches Nicht-Aufeinanderprallen wesentlich durch ein Gleichgewicht der Abschreckung garantiert wurde. Auf der Grundlage dieser stabilen Instabilität entwickelte sich ein innerer Zusammenhalt sowohl in den Gesellschaften des Westens, gekennzeichnet durch den Willen zur Freiheit und durch steigenden Wohlstand, als auch in den Gesellschaften des Ostens, die mit den Mitteln des Zwangs zusammengehalten wurden. Ähnliches galt für die Dritte und Vierte Welt des Südens, die sich an der Bipolarität zwischen Ost und West orientierten, definierten und entsprechend einordneten. Auch die Organisation der Blockfreien läßt sich nur aus einem Reflex auf die Bipolarität ableiten.

Mit dem Fall der Berliner Mauer im Jahre 1989 zerfiel zugleich die bipolare Nachkriegsordnung, ohne daß erkennbar eine neue Ordnung folgte. In dieser Phase der Weltunordnung zeigt sich, daß nicht nur die Bipolarität der Staatenwelt als horizontales Gerüst zwischen Staaten zerfallen ist, sondern daß auch vertikal die Staaten als solche ihre Bedeutung als souveräne Gestalter der Weltpolitik verloren haben. Die Handlungsfähigkeit der Staaten ist in Frage gestellt. Nicht mehr die Staatenwelt alleine, sondern auch andere Faktoren prägen zunehmend die Weltgesellschaft. Bedingt durch die technologischen Entwicklungen im Bereich des Verkehrs, des Telefons und der elektronischen Medien war die Welt schon in den Jahren der Bipolarität enger zusammengerückt. Die Realität des einen Planeten war zu einer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Realität geworden.

Der Begriff der Einen Welt, der ganz wesentlich im Konziliaren Prozeß der Kirchen geprägt und schließlich auch in den internationalen Sprachgebrauch übernommen wurde, versinnbildlichte ein Ende der Teilung in eine Erste bis Vierte Welt zu einer Zeit, als diese Einteilungen noch bestanden. Die Interdependenzen der Schicksale von Menschen unterschiedlicher Nationalitäten und unterschiedlicher Regionen wurden deutlicher wahrgenommen, und Goethes Formulierung im "Faust", nach der es bei einem Osterspaziergang nicht berühre, "wenn hinten, weit in der Türkei, die Völker aufeinander schlagen", entsprach zunehmend schon nicht mehr den Erfahrungen und Empfindungen der Menschen im Zeitalter der Bipolarität. So wie Katastrophen und Kriege in dem entferntesten Winkel der Erde durch die elektronischen Medien die Wohnzimmer der Ersten Welt in Sekunden erreichen konnten, so prägte gleichzeitig auch in den Ländern des Südens das Fernsehen ein Bild des Lebens in den reichen Industrienationen. Auch die Erfahrung, daß Umweltkatastrophen und klimatische Veränderungen in einem Teil der Erde zugleich jeden anderen Ort des Planeten gleichermaßen berühren können, ließen das Bewußtsein von der Interdependenz wachsen.

Die Möglichkeiten der modernen Kommunikations- und Computertechnologie jedoch haben neue Welten neben der Staatenwelt entstehen lassen, die deren Handlungsmöglichkeiten entscheidend einschränken.

Welt-Marktwirtschaft

Die Globalisierungstendenzen haben eine Dynamik der Weltwirtschaft ausgelöst, bei denen inzwischen die multinationalen Unternehmen mit ihren Umsätzen die Wirtschaftskraft kleiner Volkswirtschaften längst übersteigen. Globale Unternehmensstrategien sind an die Stelle von nationalen Entscheidungsmustern getreten. Die Handlungsmöglichkeiten des Staates und die Möglichkeiten nationaler Wirtschaftspolitik sind zunehmend marginalisiert. Der Druck auf die Staaten, sich diesem Globalisierungszwang zu stellen, wächst – sowohl im Süden als auch im Norden –, während zugleich die Einflußmöglichkeiten des Staates auf die täglichen Bewegungen auf den internationalen Finanzmärkten, auf denen in Sekunden einhundert Milliarden Dollar bewegt werden, verschwinden.

Welt der Medien

Während Rundfunk und Fernsehen den Menschen weltweit Informationen auch gegen den Willen ihrer Staaten vermitteln konnten, haben auch Telefondirektwahl und Faxübertragung die Flut grenzüberschreitender Nachrichten anschwellen lassen. Die zunehmende Nutzung von Informationen in weltweiten Datennetzen eröffnet nicht nur gewaltige Chancen der Informationsgewinnung, sondern unterstreicht zugleich das Ende der Einflüsse staatlicher Regierungen. Was in autoritären Regimen als Ende der Zensurmaßnahmen wirkt, bedeutet für andere Staaten, daß auch die Verbreitung von Pornographie, Gewaltdarstellung und rassistischer Volksverhetzung weder durch nationale noch durch internationale Gesetze verhindert werden kann.

Welt der Kriminalität

Die Nutzung globaler Kommunikations- und Transportsysteme haben zudem eine Welt der internationalen Kriminalität ermöglicht, in der Drogenhandel, Terrorismus und der Handel mit spaltbarem Material zusätzliche Herausforderungen für die Menschheit darstellen. Auch in diesem Feld hat der Staat längst seine Macht verloren, jedenfalls als Nationalstaat klassischer Prägung.

Der Entstehung dieser weltweiten neuen Machtzentren, die die Macht des Staates und seiner Institutionen am stärksten in Mitleidenschaft gezogen haben, sind zugleich Tendenzen gefolgt, die auch die Ordnungsstruktur des Staates durch desintegrierende Kräfte in Zweifel gezogen haben. Der Zerfall jeder staatlichen Ordnung, dem die Weltgemeinschaft in Somalia noch zu begegnen versuchte, kann sich morgen in vielen anderen Staaten wiederholen. Selbst die mächtigsten Staaten erkennen, daß ihre Leistungskraft nicht mehr ausreicht, um im eigenen Land die Probleme zu lösen, die globalen Ursprungs sind und daher globaler Handlungskonzepte bedürfen. Vielfach ist die entscheidende Fragestellung nicht mehr, ob der Nationalstaat oder eine multilaterale Einrichtung handelt, sondern es stellt sich zunehmend die Frage, ob Staaten, ob politisch Verantwortliche und ob der einzelne Mensch überhaupt noch handelndes Subjekt der Entwicklungen ist, oder ob unter dem Stichwort der Globalisierung Menschen und Staaten zum Objekt von Entwicklungen werden, bei denen sie nicht mehr Handelnde, sondern Getriebene der Entwicklung sind.

Heute muß im Gegensatz zu 1945 eine Politik formuliert werden, die sich globalen Herausforderungen, die nicht unmittelbar gerade in den westlichen Industrienationen von den Menschen erfahren werden, stellt. Politik steht also vor der doppelten Aufgabe, zum einen globale Herausforderungen einer zunehmend an innenpolitischen Fragestellungen interessierten Öffentlichkeit zu vermitteln und andererseits Antworten und Handlungskonzepte zur Bewältigung dieser Herausforderungen zu entwerfen.

Transformationsprozesse mit gewaltigen Veränderungen für Gesellschaften sind historisch nichts Neues, wenn man an die Erfindung des Buchdrucks und ihre Auswirkung auf geistiges, staatliches und wirtschaftliches Leben denkt oder an die Entdeckung Amerikas 1492 oder die industrielle Revolution, die ebenfalls die Welt grundlegend verändert hat. Der Unterschied zu allen historischen Erfahrungen ist jedoch, daß der Wandel so rasch, zum Teil urplötzlich auftritt und wie nie zuvor in immer kürzeren Zeitabschnitten immer globalere Auswirkungen hat. Wir haben heute keine Staatenwelt mehr, für die es darauf ankäme, einen Mechanismus zu entwickeln, wie die einzelnen Staaten miteinander korrespondiert, ohne kriegerische Gewalt anzuwenden: Im Gegenteil, bei den über 100 bewaffneten Konflikten, die seit 1989 nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und der Teilung der Welt weltweit ausgebrochen sind, handelte es sich – bis auf fünf Krisengebiete – um innerstaatliche Auseinandersetzungen.

Mit dem Ende der Staatenwelt als allein handelnde Subjekte der Weltpolitik wächst allerdings noch nicht zwangsläufig die Erkenntnis, daß kollektive Ordnungsmechanismen gebildet werden müssen. Die globalen Herausforderungen wie Überbevölkerung, Unterentwicklung und wachsende Armut, eine drohende Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, zunehmende ethnische Konflikte und der Zerfall von Staaten und Ordnungssystemen, weltweite Klimaveränderungen, Dürre und Versteppungen sowie drohende Verteilungskämpfe um natürliche Ressourcen werden vielfach aus einer Abwehrhaltung und nicht aus einer Gestaltungshaltung heraus wahrgenommen. Eine Mehrheit amerikanischer Führungskräfte nannte bei einer Befragung nach den wichtigsten außenpolitischen Herausforderungen vor allem solche Entwicklungen, die die eigene Sicherheit und den eigenen Wohlstand am ehesten gefährden könnten: Rauschgiftschmuggel, Verhinderung illegaler Einwanderung, Schutz amerikanischer Arbeitsplätze. Die Fragen der Überwindung von Hunger und Armut, der Einsatz für Menschenrechte oder die Bewahrung der Schöpfung für künftige Generationen fallen als "Sekundärziele" ab.

Dieser Grundstimmung, die eine innere Abkehr von Menschheitsvisionen widerspiegelt, begegnet auch die Politik in Deutschland in der zunehmenden Skepsis gegen kollektive Ordnungssysteme. Nationale Interessen stehen gegen Internationalismus, die Vereinten Nationen werden immer wieder zum Feindbild verzeichnet, im günstigeren Falle nicht ernstgenommen. Die psychische und kognitive Überforderung hat Hans Magnus Enzensberger auf den Punkt gebracht: "Wir sollen uns die Namen von Gangstern merken, die wir kaum aussprechen können, und uns um islamische Sekten, afrikanische Milizen und kambodschanische Fraktionen kümmern, deren Beweggründe uns unverständlich sind und bleiben." Wer dazu nicht fähig sei, gelte als "hartherziger Ignorant" und als "egoistischer Wohlstandsbürger", dem es gleich sei, wenn andere leiden. Der Limburger Bischof Franz Kamphaus hat vor einer Limes-Ideologie gewarnt, die glaube, durch eine verschärfte Abgrenzung ließen sich die globalen Herausforderungen zumindest vom eigenen nationalen Territorium fernhalten. Doch inzwischen erleben wir nicht nur eine räumliche Limes-Ideologie, sondern auch eine zeitliche: Wer die globalen Gefahren des 21. Jahrhunderts verdrängt und lediglich nur jetzt schon spürbare Frühwirkungen in seinem unmittelbaren und ihn berührenden Umfeld bekämpft, errichtet zugleich einen Limes gegen kommende Generationen.

Bundespräsident Roman Herzog hat bei einer Rede vor dem Europäischen Parlament am 10. Oktober 1995 in Straßburg gesagt: "Allerdings sind Visionen unbequem, anders als Utopien. Für den Eintritt von Utopien ist niemand verantwortlich, für die Erfüllung von Visionen sind wir es selbst." Jede Vision trägt auch das Risiko des Scheiterns in sich, und dennoch kommt es darauf an, gerade auch angesichts vieler Unzulänglichkeiten kollektiver Lösungsversuche Ziele zu definieren, die die Menschheit als Ganzes für wichtig erachtet und für deren Umsetzung sie mit Beharrlichkeit eintritt.

Die Rolle der Vereinten Nationen

Unter diesen Umständen müssen die Vereinten Nationen in den kommenden Jahren das Ziel verfolgen, eine globale Sicherheit anzustreben, die gleichermaßen politische, wirtschaftliche, soziale und ökologische Rahmenbedingungen zur Grundlage hat. Diese wird allerdings keine "Welt-Regierung" zur Folge haben, sondern Mechanismen bereitstellen, um kollektiven und globalen Herausforderungen zu begegnen. Für die Abwehr von Gefahren, für intakte Sozialgefüge und einen angemessenen Lebensstandard bleiben die souveränen Staaten selbst verantwortlich. Alles andere hätte den Grat von einer Vision zur Utopie überschritten, es würde die Vereinten Nationen überfordern und ihre Akzeptanz weiter schwächen.

Die Vereinten Nationen bleiben das wichtigste politische Forum der Welt-Gesellschaft, was allerdings dringende Reformen für das 21. Jahrhundert bedingt. Die eingeleiteten Reformschritte der letzten Jahre, beispielsweise die Straffung des Sekretariats der Vereinten Nationen, die Reorganisation und der Ausbau der Abteilung für friedenserhaltende Maßnahmen, die Einrichtung eines Amtes für interne Kontrolle und die Errichtung eines Internationalen Strafgerichtshof zur Verfolgung schwerer Straftaten im ehemaligen Jugoslawien und in Ruanda waren bedeutend. Mit den internationalen Fachkonferenzen für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro (1992), für Menschenrechte in Wien (1993), für Bevölkerung und Entwicklung in Kairo (1994), für soziale Fragen in Kopenhagen (1995) und für die Stellung der Frau in Peking (1995) haben die Vereinten Nationen Beiträge zu einem internationalen Konsens in grundlegenden Fragestellungen geleistet und Regierungen, Experten und die immer bedeutender werdenden Nichtregierungsorganisationen an einen Tisch gebracht.

Organisatorische Veränderungen jedoch reichen nicht aus. Das Ziel muß es sein, bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts die Eigenstaatlichkeit und die Beurteilung staatlicher Souveränität nach Maßgabe globaler Bedürfnisse und eines erweiterten Sinns der Völkergemeinschaft weiterzuentwickeln, so wie es die Unabhängige Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen unter Leitung Richard von Weizsäckers und Moeen Qureshi 1995 gefordert hat.

Zunehmend wird deutlich, daß es einen engen Zusammenhang zwischen Demokratie und Entwicklung gibt. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Boutros Boutros Ghali, hat in seiner "Agenda für den Frieden" aus der Erkenntnis heraus, daß Demokratien einander selten bekämpfen, die Stärkung derjenigen Institutionen gefordert, die am meisten zur Festigung des Vertrauens unter den Menschen beitragen: "Die Demokratisierung fördert die Sache des Friedens. Der Friede ist andererseits eine Voraussetzung für die Entwicklung. Somit ist die Demokratie eine wesentliche Grundlage einer auf Dauer angelegten Entwicklung. Und ohne Entwicklung kann es keine Demokratie geben. Die Gesellschaften, in denen es an grundlegendem Wohlstand fehlt, neigen zu Konflikten." Damit wird erkennbar, daß die drei großen Prioritäten, denen sich die Vereinten Nationen widmen, Frieden, Demokratie und Entwicklung, auf das engste miteinander verzahnt sind. Insofern wird sich die Außenpolitik im 21. Jahrhundert wandeln müssen von ihrem dominierenden Prinzip der Territorialität und der Nicht-Einmischung hin zu einem Weltethos, welches das Prinzip der Souveränität weiterentwickelt, nach dem ein Staat über alle in sein Territorium fallenden Angelegenheiten autonom entscheiden kann und höchste Autorität genießt. Souveränität geht letztlich vom Volke aus und darf nicht zu einem Souveränitätsmißbrauch durch die gerade Herrschenden verkürzt werden.

Um dieses Prinzip durchzusetzen, müssen die Vereinten Nationen ihre Organisation straffen und reorganisieren und ihr Entwicklungsprogramm zu einer effizienten Entwicklungshilfe-Institution mit einer Führungsrolle unter allen im Entwicklungsbereich tätigen, operativen Organisationen ausbauen. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen muß Sprachrohr und Schaltstelle im Umweltbereich werden und sollte eng mit den internationalen Entwicklungshilfe-Institutionen zusammenarbeiten. Die internationalen Finanzinstitutionen müssen zu einer effizienteren, die unterschiedlichen Aufgabenstellungen währenden Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen finden. Der Sicherheitsrat muß zeitgemäß zusammengesetzt werden, ohne seine Handlungsfähigkeit einzubüßen. Dazu ist die Aufnahme von Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas erforderlich. Ein einheitlicher Sitz der Europäischen Union entspräche dem Gedanken einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik Europas und sollte vorrangiges Ziel deutscher und auch europäischer Politik werden. Sollte sich dies kurzfristig nicht realisieren lassen, muß Deutschland bereit sein, entsprechend seiner gewachsenen Verantwortung auch einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat zu übernehmen.

Es ist unabdingbar, daß die Mitgliedsstaaten dem künftigen VN-System angemessene, zuverlässige und planungssichere Finanzmittel zur Verfügung stellen. Die klassischen friedenserhaltenden Maßnahmen müssen in ein abgestimmtes Instrumentarium zur Konfliktprävention eingebettet werden, wobei der enge Bezug zum Demokratie-Prinzip einfließen muß. Vertrauensbildende Maßnahmen, Wahl- und Demokratisierungshilfe, der Aufbau eines Rechtssystems und einer Menschenrechtspolitik gehören ebenso dazu wie eine internationale Strafgerichtsbarkeit.

Über das System der Vereinten Nationen hinaus muß die deutsche Außenpolitik mitwirken an einer Weltordnungspolitik zur Herausbildung einer ökologischen und sozialen Welt- Marktwirtschaft, bei der neben einer Welthandelsordnung auch eine Weltsozialordnung und eine Weltumweltordnung Rahmenbedingungen setzen, die in nationalen Gesetzen bereits umgesetzt wurden. Was auch immer das treffende Wort für die neue Situation sein mag, sei es das globale Dorf, oder sei es die Weltinnenpolitik: Wenn die Menschen handelnde Subjekte und nicht Objekte der Globalisierung werden wollen, ist eine auf geistigen Fundamenten basierende Ordnung auf internationaler Ebene unentbehrlich.

Nationalstaatliche Politik unter neuen Bedingungen

Werner Link

Zu Anfang unseres Jahrhunderts formulierte Henry Adams in seiner Autobiographie die Einsicht, daß die Paradoxie die alleinige Orthodoxie in der Politik wie in der Wissenschaft geworden sei. Sollte sich heute, in der neuesten Geschichte erneut eine Paradoxie ereignen? Daß nämlich in dem historischen Moment, da nach dem Zerfall der großen Reiche sich das national-territorialstaatliche Prinzip weltweit durchsetzt und auch Deutschland seine nationale Einheit wiedergewonnen hat, nationalstaatliche Politik endgültig passé ist? Oder ist der territoriale (National-)Staat in der Lage, sich den neuen Bedingungen aktiv anzupassen? Ist vielleicht eine ganz andere Paradoxie festzustellen, nämlich daß die "Entgrenzung" des Territorialstaates durch transnationale Beziehungen gerade dessen Bedeutung steigert, daß die "Globalisierung" die nationalstaatliche Politik (zumindest der großen Territorialstaaten) aufwertet (statt sie zu verringern)? Meine Überlegungen zu diesem Problemkomplex werden sich auf drei Fragen konzentrieren: Welche Bedingungen haben sich geändert, sind "neu"? Welche Folgen ergeben sich daraus für die Staaten, für die staatliche Politik? Gibt es Ansätze für eine "aktive Anpassung" der Territorialstaaten bzw. wie könnte sie aussehen?

Globalisierung und Transnationalität

Die neuen Bedingungen werden bekanntlich mit den Schlagwörtern "Globalisierung" und "Transnationalität/Transterritorialität" etikettiert. Was damit gemeint ist, weiß jedermann "irgendwie"; es kann daher und muß aus zeitlichen Gründen nur kurz angedeutet werden. Beide Phänomene sind an sich keineswegs neu.

Hedley Bull hat, als vor einem Jahrzehnt die Transnationalismus-Debatte einen ersten Höhepunkt hatte, daran erinnert, daß keines der heutigen Transnationalen Unternehmen einen Einfluß hat, der mit der English East India Company des 17. Jahrhunderts vergleichbar wäre. Und Daniel Frei hat etwa zur gleichen Zeit wie Bull darauf hingewiesen, daß gleichzeitig mit dem gewaltigen Anschwellen der grenzüberschreitenden Güterströme, Verkehrsflüsse, Informationsmassen und Kreditbeziehungen die Binnenbeziehungen ebenfalls und in gleicher Weise angewachsen sind, so daß das Verhältnis zwischen Außenbeziehungen und Binnenbeziehungen (d.h. der Quotient zwischen beiden) im 19. Jahrhundert sogar höher lag als Mitte der achtziger Jahre, als der Begriff der "Globalisierung" populär wurde.

Seither hat sich freilich die internationale Verdichtung enorm gesteigert, und das, was bis dato ein Phänomen der nicht-kommunistischen industriellen Welt war, ist nunmehr – nach dem Zusammenbruch der Zweiten Welt – zu einem wahrhaft globalen Zusammenhang geworden. Allerdings ist nach wie vor die herausragende Position der Triade USA-Japan-(West-) Europa kennzeichnend – bei größten Wachstumssteigerungen in Südostasien. Das gilt für den internationalen Handel und die Direktinvestitionen ebenso wie für das internationale Währungs- und Finanzsystem. Am weitesten fortgeschritten ist die Globalisierung im letztgenannten Bereich, im internationalen Finanzsystem (und eigentlich nur dort vorhanden), d.h. die Globalisierung der Finanzmärkte hat einen globalen Kapitalmarkt entstehen lassen, und zwar in einer rapiden Entwicklung seit den siebziger und achtziger Jahren: "Die täglichen Devisenhandelsumsätze betragen inzwischen ca. 1000 Milliarden US-Dollar weltweit, verglichen mit ca. 75 Milliarden US-Dollar Ende der siebziger oder 150 Milliarden US-Dollar Mitte der achtziger Jahre." "Der internationale Kapitalverkehr hat sich längst aus dem engen Zusammenhang zwischen Handels- und Finanzströmen gelöst. Während 1986 die Umsätze auf den Devisenmärkten noch das 25fache des Welthandelsvolumens ausmachten [ein Volumen, das ebenfalls in den letzten zehn Jahren im Durchschnitt real um ca. 5 Prozent, also doppelt so schnell wie die Weltproduktion, gestiegen ist], ist die Relation 1990 auf das 70fache des Welthandelsvolumens angestiegen" (Norbert Walter).

Es ist unstrittig, daß diese Globalisierung (die, wie gesagt, in anderen Bereichen noch nicht soweit fortgeschritten ist wie bei der Integration der Finanzmärkte) vermittelt und getragen wird von den modernen Kommunikations- und Informationstechnologien. Globalisierung ist also – allgemein gesprochen – die weltweite Verflechtung und Vernetzung (mit unterschiedlichen Graden und Stadien in einzelnen Bereichen): die Entstehung globaler Märkte und eines Cyberspace!

Folgen für den Territorialstaat

Welche Folgen ergeben sich daraus für die Territorialstaaten und für ihre Politik?

Die bei weitem vorherrschende Antwort kann als "decline"-These charakterisiert werden, mit zahlreichen Varianten und mit konträren Bewertungen (von extrem positiv bis zu extrem negativ). In der Tat ist es auf den ersten Blick plausibel, daß die Globalisierung den Staat, auch den großen Staat, der Fähigkeit zur eigenverantwortlichen Gestaltung seiner inneren und äußeren Beziehungen beraubt, die Instrumente einer eigenständigen Politik stumpf werden läßt, also seine "Souveränität" aushöhlt. Das Ordnungsprinzip des souveränen Territorialstaates, das mit dem Westfälischen Frieden als allgemein anerkannt wurde und die mittelalterliche Ordnung mit ihrem dualen Universalismus von Kaisertum und Papst und sich überlappenden Autoritäten, Vasallenbeziehungen und multiplen Loyalitäten abgelöst hatte, scheint von einem "Neuen Mittelalter" seinerseits abgelöst zu werden. Ansätze dafür glaubte man schon in den achtziger Jahren zu erkennen. Heute scheint dies zur Gewißheit geworden zu sein, wie ein Bestseller mit diesem Titel zu zeigen versucht.

Einige Publizisten, Wissenschaftler und Politiker begrüßen die Entwicklung der neuen global vernetzten Informationsgesellschaft. Der amerikanische Vizepräsident Al Gore sieht ein "neues athenisches Zeitalter der Demokratie" heraufziehen, in dem die vernetzten Individuen gewissermaßen als Weltbürger in einer "elektronischen Agora" (Bredekamp) unmittelbar miteinander kommunizieren.

Andere Autoren – wie Ernst-Otto Czempel – begrüßen ebenfalls die Entstehung einer "Gesellschaftswelt" durch transnationale intergesellschaftliche, vom Staat emanzipierte Aktivitäten. Czempel sieht darin einen Demokratisierungsprozeß; er räumt ein, daß sich dadurch und durch die gleichzeitige Entstehung einer "Wirtschaftswelt", die sich ebenfalls vom Staat emanzipiere, eine Entdemokratisierung ergibt – aber nur "zunächst"; denn er glaubt, daß die Entdemokratisierungstendenz durch die Zusammenarbeit in der Gesellschaftswelt und durch Schaffung globaler gesellschaftlicher Repräsentationsversammlungen überwindbar sei (was freilich ziemlich utopisch erscheint!). Ähnlich argumentiert David Held, und er gesteht offen ein, daß eine solche demokratische Repräsentationsversammlung auf globaler Ebene "ein unmöglicher Traum" (an impossible dream) bleiben könnte.

Ganz im Gegensatz zu diesen positiven oder gemäßigt positiven Bewertungen sehen andere Autoren nicht die Heraufkunft einer egalitären globalen Informationsgesellschaft, sondern die Entstehung einer Zwei-Klassen-Informationsgesellschaft: die globale Klasse "digitaler Literaten", deren Angehörige primär in den großen Industrieländern wohnen, aber auch in sich entwickelnden Ländern eine kleine Gruppe bilden, und die Klasse derjenigen, die nicht über Informations- und Kommunikationssysteme bzw. über die Fähigkeit zur Teilhabe verfügen. So kommt Christiano German zu dem Schluß: "Die globalen Auswirkungen beim Einsatz der neuen Medien zeigen bereits ein weiteres Auseinanderfallen zwischen reichen Industrieländern und dem Rest der Welt. Der Vorsprung an Technologie und Infrastruktur in den Industrieländern ist für die 'Informationshabenichtse' nicht mehr aufholbar. Das Beispiel Indien verdeutlicht den doppelten gesellschaftlichen Schaden eines raschen Anschlusses an das Informationszeitalter durch die Schaffung einer neuen Informatiker-Kaste vor Ort bei gleichzeitiger Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen in den Industrieländern. Hinzu kommt die Entstehung einer weltweit operierenden 'Aristokratie des Informationszeitalters', die – losgelöst von staatlichen Gesetzen, demokratischen Ordnungsvorstellungen und Sozialsystemen – die Richtlinien zum Ausbau der globalen Informationsgesellschaft derzeit weitgehend alleine bestimmen kann."

Diese (m.E. zutreffend diagnostizierten) Gefahren für die Demokratie und demokratischen Staat werden bei Jean-Marie Guéhenno zum "Ende der Demokratie" (so der Titel seines Buches). Seine Argumentation ist die radikalste Verneinung der Möglichkeit nationalstaatlicher Politik unter den Bedingungen der vernetzten Welt: Indem sich durch die Revolution in den Kommunikationstechnologien die Verkehrswege von den Territorien lösen, wird nicht die Herrschaft über ein abgegrenztes Territorium, sondern der Zugang zu Kommunikationsnetzen wichtig. "Mächtig sein heißt dann, Kontaktstellen zu haben, im Netz verbunden zu sein, so daß Macht durch Einfluß, nicht durch Herrschaft definiert wird." Die Gesellschaft als Solidarverband, die als Staat organisierte Gesellschaft löst sich auf in einzelne Individuen, die ihre Interessen im Kampf aller gegen alle verfolgen – mit "befristeten Interessengemeinschaften".

Die neo-cartesische Selbstvergewisserung lautet: "Ich stelle Verbindungen her, also bin ich." Nicht Person, nicht Bürger, sondern "Gesellschaftspartikel"! Nicht zoon politicon, sondern ideotes! Und da es keine Gesellschaft der Bürger mehr gibt, kann es auch keinen demokratischen Staat mehr geben und keine Politik, die auf der demokratischen Verantwortbarkeit gegenüber dem Bürger beruht. Der Entscheidungsprozeß wird zersplittert, so wie die Funktionen des Staates ausdifferenziert werden. Die Logik der Institutionen und der staatlichen Souveränität wird ersetzt durch die Logik pluraler funktionsorientierter Strukturen einer mehrdimensionalen Welt – "ein Gewebe ohne erkennbare Nähte", mit einer immer effizienteren Verknüpfung der "Knotenpunkte" im komplexen Beziehungsnetz; "Wobei unentwegt abzuwägen ist zwischen der Notwendigkeit, die Schnittstellen im Netz zu vereinheitlichen, und der Notwendigkeit einer Differenzierung" (Guéhenno).

In der Netzwerke-Welt wird die Gewalt diffuser, jedoch nicht seltener werden. Guéhenno weiter:

"Die Unterscheidung zwischen den Staaten, die, nach Max Weber, das 'legitime Gewaltmonopol' hätten, und allem übrigen wird problematischer werden: Einerseits wird die Ausübung der Gewalt durch einen Staat, der in die Netze der imperialen Welt eingebunden ist, illegitim, ja sogar unmöglich werden, während andere Strukturen entstehen – Polizeikräfte, die eher für die Einhaltung von Normen sorgen als Ausdruck von Souveränität sein werden –; andererseits wird die Verwundbarkeit vernetzter Gesellschaften durch jede Störung von außen mit einer weiteren Vervollkommnung der Waffen einhergehen, die sowohl schlagkräftiger als auch leichter zu handhaben sind, so daß die Grenze zwischen öffentlicher und privater Gewalt schwer zu ziehen sein wird."

Diese Negation des Territorialstaates und nationalstaatlicher Politik ist eine Projektion in die Zukunft anhand heute erkennbarer Ansätze, die nicht zu leugnen sind, aber m.E. überbewertet werden. Auch Guéhenno räumt ein, daß die Logik der Nationalstaaten noch lange neben der Logik der vernetzten Welt gelten wird. Und indem er selbst darauf verweist, daß unter der neuen Logik "Anpassungsfähigkeit" und "Anpassung" "zum entscheidenden Trumpf" geworden sind, liegt die Frage nahe, warum nicht auch der territoriale Nationalstaat sich als anpassungsfähig erweisen sollte.

Ansätze aktiver Anpassung der Staaten an die Globalisierung

In der Tat gibt es Anzeichen und Belege für eine aktive Anpassung des Territorialstaates und seiner Politik an die "Globalisierung" der Märkte und Netzwerke. Diese aktive Anpassung wird – wie könnte es anders sein – von den großen Industriestaaten durch interne und externe Maßnahmen und in einer neuen Koalition mit den Trägern der Globalisierung, den Transnationalen Unternehmen und ihren Spitzenmanagern, vorgenommen. Denn die Globalisierung kommt ja (worauf oben bereits hingewiesen wurde) den reichen, technologisch führenden Industrieländern zugute. Klaus Schwab und Claude Smadja (Weltwirtschafts-Forum in Davos) urteilen, der Globalisierungsprozeß sei "im Grunde eine gewaltige Umverteilung wirtschaftlicher Macht auf Weltebene, die zunehmend in eine Umverteilung politischer Macht übergehen wird."

Alle großen Industriestaaten sind daher bestrebt, ihre Wettbewerbsposition durch gezielte milliarden schwere Förderungsmaßnahmen auf den zukunftsträchtigen Technologiefeldern zu erhöhen und insbesondere die Informations-Infrastruktur und Anreize für entsprechende Investitionen zu schaffen – kurz: Standortvorteile zu sichern und auszubauen¹).

Die Transnationalen Unternehmen nehmen ihrerseits gerne diese Förderungsmaßnahmen entgegen und sind darüberhinaus hinsichtlich der Sicherheit ihrer Aktivitäten und Investitionen, (allgemein gesprochen) hinsichtlich sicherer und günstiger Rahmenbedingungen (einschließlich der Deregulierung), von den Staaten und deren Politik abhängig. Nur sie können die Voraussetzungen für die transnationalen Aktivitäten schaffen, durch verbindliche interne Entscheidungen (Gesetze) und durch Vereinbarungen untereinander (internationale Verträge und Abkommen), deren Umsetzung dann wiederum intern durch die Staaten erfolgen muß.

Nicht die globalen Märkte agieren, sondern die Staaten bzw. deren Regierungen, die Transnationalen Unternehmen bzw. deren Manager und zahlreiche andere Wirtschaftssubjekte. Und aus der angedeuteten gegenseitigen Interessenabhängigkeit und Interessenentsprechung resultiert jene zwischenstaatlich-transnationale Koalition, die – zusammen mit dem Regionalismus – das eigentlich Neuartige unserer Epoche ist. Beispiele einer solchen Koalition sind das G-7-Treffen über den Aufbau einer Globalen Informations-Infrastruktur Ende Februar 1995 in Brüssel und die Folgekonferenz Mitte Mai 1996 in Midrand/Südafrika, und das europäisch-amerikanische Gipfeltreffen im Rahmen des sogenannten Transatlantischen Dialogs im September 1995 in Madrid, dem die Konstituierung des Transatlantic Business Dialogue vorausgegangen war. Bei beiden Konferenzen wurden die zuvor von den Spitzenmanagern der Transnationalen Unternehmen ausgearbeiteten Vorschläge weitgehend übernommen. Daß es im europäisch-südostasiatischen Raum etwas ähnliches gibt, nämlich die EU-ASEAN Business Conference, sei am Rande erwähnt.

Da die USA und die EU-Staaten weltweit "fast zwei Drittel der Basisdienste der Telekommunikation" (Wilke) kontrollieren, ist die europäisch-amerikanische Kooperation besonders bedeutsam. Im Rahmen der Welt-handelsorganisation (WTO) betreibt diese interregionale Staatengruppe die Öffnung der Kommunikationsmärkte in den anderen Ländern, die aus der Position der technologischen Schwäche längere Übergangsfristen bei der Liberalisierung fordern.

Geo-Ökonomie

Aus all dem ergibt sich: Die Globalisierung schwächt nicht die Rolle der Territorialstaaten, sondern stärkt sie. Die Staaten können zwar nicht mehr alleine, "souverän" die wichtigen Entscheidungen treffen (aber die Souveränität war ja stets relativiert durch das – machtpolitische – Verhältnis zwischen den Staaten). Die Politik der Staaten hat einen Bedeutungszuwachs erfahren – intern und international. Der Markt öffnet sich nicht, sondern er wird geöffnet (und ggfs. beschränkt) durch die Staaten!

Der Staat ist nicht nur die "strategisch plazierte Vermittlungsinstanz zwischen subnationalen und supranationalen Politikanforderungen" (Maul), sondern auch die strategische Entscheidungsinstanz, auch bei der Entscheidung, mit welchen Staaten und Organisationen zusammengearbeitet wird und mit welchem Inhalt. Was anhand der ökonomischen Globalisierung und der ökonomischen Sicherheit verdeutlicht wurde, gilt im übrigen analog für andere Globalisierungsbereiche und deren Sicherheitskonsequenzen – für die innere Sicherheit (gegen den internationalen Terrorismus und Drogenhandel), für die ökologische Sicherheit und für die militärische Sicherheit (was hier nicht weiter ausgeführt werden kann!).

Wichtig ist: Die Staaten passen sich teils durch informelle internationale Zusammenarbeit, teils durch institutionalisierte Zusammenarbeit (internationale Organisationen und "Regime") an die Bedingungen der Globalisierung an. Sie kooperieren aber nicht, um sich aufzugeben, sondern um die staatliche Selbstbehauptung und Selbstentfaltung unter den neuen Bedingungen zu ermöglichen. Die großen Territorialstaaten tun dies im kooperativen Wettbewerb unter- und miteinander, um sich gegenseitig zu balancieren in einem kooperativen Gleichgewicht (oder sogar – wie in der EU – in einem integrativen Gleichgewicht) und um im Stillen zugleich Marktvorteile oder gar einen bestimmenden Einfluß (= Hegemonie) zu erlangen – "a struggle for supremacy" (Garten). So wird durch die Ökonomisierung der Politik und die Politisierung der Ökonomie (Kondylis) – nach dem Wegfall des Ost-West-Gegensatzes – aus "Geopolitik" das, was man trefflich "Geo-Ökonomie" genannt hat.

Die kleineren und mittleren Staaten sind ebenfalls an der internationalen Kooperation und an deren Institutionalisierung interessiert, um nicht bloßes Objekt der Globalisierung und der Politik der Großen Mächte und der großen Transnationalen Unternehmen zu sein. Die Kooperations- und Integrationsverbünde bieten ihnen eine "voice opportunity" und die Möglichkeit des Zusammenwirkens untereinander, um kollektive Verhandlungsmacht zu erlangen.

Die Alternative der Isolation ist zwar theoretisch vorhanden und wurde und wird von einigen Staaten (zeitweise) praktiziert, ist aber erst recht mit der Gefahr der Peripherisierung und Marginalisierung verbunden – also kostspielig (wie einst die Dissoziationspolitik der Exportsubstituierung einiger lateinamerikanischer Länder oder Nordkoreas). Es ist deshalb, nebenbei bemerkt, auch kein Wunder, daß frühere Verfechter – wie Senghaas – inzwischen ihr theoretisches Damaskus erfahren haben. Nur große Staaten können durch die Drohung mit Nein-Sagen spezielle Bedingungen erreichen (wie z.B. China beim Satelliten-Fernsehen).

Auch eine Politik der Isolierung (mittels Embargo) ist nur gegenüber kleinen und mittleren Staaten realisierbar, und zwar wiederum nur durch internationale Kooperation. Nationalstaatliche Politik unter den neuen Bedingungen der Globalisierung steht also unter dem Imperativ, neben und zusammen mit internen Maßnahmen durch regionale Kooperation oder gar Integration und durch internationale und interregionale Kooperation Selbsterhalt und Selbstentfaltung/Wohlstand zu sichern.

Die Territorialstaaten – auch und gerade die großen – sind bei dieser regionalen und internationalen Kooperation auf die Zusammenarbeit mit den großen Transnationalen Unternehmen angewiesen, ebenso wie diese auf die Zusammenarbeit mit jenen. Die Organisation eines kooperativen Wettbewerbs liegt in beider Interesse. Für beide sind nicht die absoluten, sondern die relativen Kooperationsgewinne entscheidend, und eine symmetrische Gewinnverteilung ist nur bei einer symmetrischen Machtverteilung zu erwarten.

Derzeit besteht eine "strategische ökonomische Parität" zwischen den USA, Ostasien und Europa, und das erklärt die derzeitige Kooperation. Wenn sich die Parität änderte, ist statt eines kooperativen Wettbewerbs ein konfrontativer Wettbewerb zu erwarten. Daß Staaten aus einem multilateral vereinbarten Regelsystem ausbrechen und eine unilaterale Politik betreiben, wenn sie ihre Interessen gefährdet sehen, ist nicht nur aus der Geschichte belegbar. Entsprechende Androhungen werden gegenwärtig bekanntlich von den USA offen ausgesprochen. Auch unter den Bedingungen der Globalisierung liegt mithin die Stabilisierung der Machtbalance im Interesse der Erhaltung der Kooperation zwischen den großen Territorialstaaten und Regionen.

Folgerungen für die europäischen Länder

Was folgt daraus für die nationalstaatliche Politik der europäischen Länder (einschließlich Deutschlands)?

Die Staaten Europas müssen bestrebt sein, den europäischen Integrationsverbund zu erhalten und zu vertiefen. Das ist nur in Verbindung mit einer Differenzierung möglich und setzt die Führungsfähigkeit der drei großen Territorialstaaten Deutschland, Frankreich und Großbritannien voraus! Vielleicht könnte sich – wie manche Beobachter meinen – die komplexe Struktur der EU als Prototyp einer neuen globalen Ordnung erweisen – die Logik des Regionalismus als eine sinnvolle Verbindung zwischen der Logik der Nationalstaaten und der Logik der vernetzten Welt.

Im Lichte der diskutierten Veränderungen wird die europäische Integration auf jeden Fall notwendiger denn je. Die europäische Integration und die internationale und interregionale Kooperation werden unter den Bedingungen der Globalisierung zum nationalen Interesse der europäischen Staaten, weil der Regionalismus die konstruktive Antwort auf den Globalismus ist. Auf diese Weise ist, in aktiver Anpassung des europäischen Nationalstaats, vielleicht die Globalisierung zu steuern und vielleicht zu verhindern, daß die europäischen Staaten zu bloßen Objekten der Globalisierung werden.

Insgesamt, im globalen System, könnte so etwas entstehen, was ich als "regimen mixtum" bezeichnen möchte: nationalstaatliche Politik durch regionale, interregionale und internationale Zusammenarbeit und Konkurrenz, jeweils in flexibler Koalition zwischen staatlichen und gesellschaftlichen/transnationalen Akteuren.

Globalisierung – wo liegen die Aufgaben der Politik?

Ruprecht Polenz

Nach einer Definition der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) ist Globalisierung "ein Prozeß, durch den Märkte und Produktion in verschiedenen Ländern immer mehr voneinander abhängig werden dank der Dynamik des Handels mit Gütern und Dienstleistungen und durch die Bewegungen von Kapital und Technologie."1)

Globalisierung ist also kein grundsätzlich neuer Prozeß. Seine dramatische Beschleunigung führt dazu, in der Globalisierung sicherlich zu Recht einen vorherrschenden Trend der Zukunft zu sehen. Gleichwohl ist es wichtig festzuhalten, daß man das Zeitalter des 21. Jahrhunderts nicht nur mit dem Begriff der Globalisierung erfassen kann. Denn wir erleben ja auch jetzt schon nicht nur ein Zusammenwachsen, sondern auch gegenläufige Tendenzen des Zerfallens, der Fragmentierung, ethnisch-religiös bedingte Konflikte wie auf dem Balkan und in anderen Teilen der Welt. Diese gegenläufigen Tendenzen werden möglicherweise zum Teil auch gespeist aus der Ablehnung einer als fremdbestimmend empfundenen Globalisierung, wenn man etwa an Fundamentalismus denkt.

Zur Beschreibung künftiger globaler Trends ist es gut, auf das Begriffspaar zurückzugreifen, das Karl Kaiser hierfür verwendet.2): Interdependenz und Anarchie. Kaiser geht davon aus, daß sich während des Ost-West-Konflikts ein stabiler Interdependenzkern westlicher Industriegesellschaften gebildet habe mit entsprechenden multilateralen und supranationalen Organisationen wie Europäische Union, NATO, G 7 usw. Dieser traditionelle Interdependenzkern von Staaten habe eine weitgehende Homogenität innerhalb der "OECD-Welt" bewirkt, nicht nur mit ähnlichen Auffassungen marktwirtschaftlichen Denkens, sondern auch in der demokratischen Verfaßtheit dieser Staaten der alten OECD-Welt. Demgegenüber gebe es in anderen Teilen der Welt mehr oder weniger anarchische Zustände, Konflikte, Bürgerkriege, Zerfall von Staaten, daraus hervorgehend auch eine Bedrohung der internationalen Stabilität und Sicherheit.

Gegenseitige Abhängigkeit zwischen Staaten ist eine Friedensstrategie

Die Aufgabe, die sich uns stelle, sei zum einen, den stabilen Interdependenzkern der alten OECD-Welt zu erhalten. Das werde gar nicht ganz leicht sein, wenn man an denkbare Wirtschaftskonflikte denke. Zum anderen komme es darauf an, die anarchischen Konflikte einzuhegen. Kaiser schlägt vor, dies durch Ausweitung des Interdependenzkerns zu erreichen, indem man immer mehr Länder, Schwellenländer, beispielsweise auch aus dem asiatischen Raum, in dieses wirtschaftliche Interdependenzsystem einbeziehe. Das könne gelingen, weil man wirtschaftliche Gemeinsamkeiten habe. Aber das System werde dadurch heterogener, weil jetzt zu dieser alten "OECD-Familie" Staaten dazukommen, die eine andere Auffassung etwa von Demokratie oder Menschenrechten haben. Ziel der Politik müsse und muß es dann sein, diese dazukommenden Staaten dazu zu bewegen, auch Verhaltensweisen, Demokratievorstellungen – jedenfalls im Kern – der Staaten mitzuübernehmen, die zu diesem alten Interdependenzkern gehören. Allein daraus folgt, daß sich die alten Industriegesellschaften gegenüber diesen neuen Entwicklungen nicht abschotten dürfen, sondern daß wir uns öffnen müssen. In diesem Sinne ist also die wachsende gegenseitige Abhängigkeit zwischen Staaten auch eine Strategie für Stabilität und Frieden auf dieser Welt.

Globalisierung als positiven Prozeß aktiv steuern

Es gibt weitere grundsätzliche Argumente, weshalb wir den Prozeß der Globalisierung positiv bewerten und versuchen sollten, ihn aktiv zu steuern. Wir haben Entwicklungshilfe immer auch unter der Überschrift gegeben: "Hilfe zur Selbsthilfe". Dann ist es ja ein Erfolg, wenn aus Entwicklungsländern Schwellenländer werden, wenn diese Schwellenländer in die Lage versetzt werden, sich immer stärker auch in der internationalen Arbeitsteilung selbständig zu bewähren. Dann aber ist es ganz natürlich, daß sie auf einmal Wettbewerber für etablierte Industriegesellschaften in dem einen oder anderen Sektor werden.

Hinzu kommt: Die Forderung nach globaler Gerechtigkeit hängt auch mit Gleichheit zusammen, jedenfalls soweit es um den Abbau unverträglich großer Unterschiede der Lebenschancen auf dieser Welt geht. Nun kann man diese Ungerechtigkeit – wie sich gezeigt hat – nur in sehr geringem Maße dadurch abbauen, daß die Reichen Entwicklungshilfe abgeben, sondern besser dadurch, daß wir unsere Märkte öffnen, auch wenn es weh tut, wie die lange Entwicklung und Leidensgeschichte mit der Liberalisierung des Welttextilabkommens gezeigt hat. Auch dieses moralische Argument sollte uns dazu veranlassen, den Globalisierungsprozeß offensiv und positiv zu sehen.

Außerdem: Deutschlands Wirtschaft braucht zahlungskräftige Kunden. Grundsätzlich profitieren wir davon, wenn es den armen Ländern besser geht. Wie sollen sie sonst unsere Hochpreis- und mit Hochlöhnen hergestellten Produkte kaufen können? Allerdings – und jetzt kommen die Probleme – stellt diese Entwicklung die Industriegesellschaften vor erhebliche strukturelle Anpassungszwänge, die sektoral wirken und verschärft werden durch das Tempo der Globalisierung. Dieses Tempo hat nach dem Ende des Ost-West-Konflikts zugenommen. Hier werden vor allen Dingen die westeuropäischen Industriegesellschaften zusätzlich dem Wettbewerbsdruck ausgesetzt, der dadurch entsteht, daß die osteuropäischen Nachbarn Polen, Ungarn, Tschechien usw. in diesen marktwirtschaftlichen Wettbewerb eintreten und uns praktisch vor der Haustür mit günstigen Produktionsmöglichkeiten, gut ausgebildetem Personal, teilweise deutlich niedrigeren Energiekosten usw. vor Wettbewerbs Herausforderungen stellen. Soviel Zeit und Geld, wie das Ruhrgebiet und die Werftenregionen oder die Landwirtschaft seit den 60er Jahren zur Anpassung ihrer Strukturen bekommen haben, wird in Zukunft nicht mehr zur Verfügung stehen. Obwohl die neuen Anpassungsprobleme jetzt wahrscheinlich größer sind als die des Ruhrgebiets seit den 60er Jahren.

Globalisierung führt temporär durch diesen verschärften Wettbewerb auch zu Arbeitsplatzverlusten. Deshalb wird Globalisierung von unseren Gesellschaften wahrgenommen als Export von Arbeitsplätzen ins Ausland. Und wenn man sich damit beschäftigt, weshalb Unternehmen neue Produktionsstätten im Ausland errichten statt in Deutschland, dann geht es ihnen auch darum, in der Nähe neuer Märkte zu produzieren, statt weiter von Deutschland aus zu exportieren. Wenn das aber so ist, dann wird Deutschland als Exportnation von diesem Wandel in den Produktionsbedingungen noch stärker betroffen sein als Staaten, die weniger export-abhängig sind als wir.

Multinationale Konzerne investieren dort in neue Produktionsstätten, wo die Rentabilität am ehesten gegeben ist und wo vielleicht auch die Steuern möglichst niedrig sind, weil Transportkosten nicht mehr die große Rolle spielen und Information in Echtzeit rund um den Globus möglich ist.

Das führt politisch zu einigen Fragen, die nicht so leicht zu beantworten sind. Es wird gefragt: Welches Interesse hat deutsche Politik oder kann sie noch haben an einem Unternehmen, das die neuen Arbeitsplätze im Ausland schafft und in Deutschland kaum oder keine Steuern mehr zahlt? Der Soziologe Ulrich Beck weist darauf hin, daß die Unternehmer selber nicht daran dächten, in diese Länder zu gehen, weil ja dort die hervorragende Infrastruktur Deutschlands mit guten Schulen, Sicherheit auf den Straßen usw. nicht gegeben sei. "Investitionsort, Produktionsort, Steuerort und Wohnort können voneinander abgekoppelt gewählt werden. Viele Unternehmer nutzen den niedrigen Steuerstandard der armen Staaten und genießen den hohen Lebensstandard der reichen Staaten. Sie zahlen die Steuern, wo es am billigsten ist und leben, wo es am schönsten ist. Sie werden zu Trittbrettfahrern teurer Infrastrukturleistungen."3) Beck folgert daraus, man müsse darüber nachdenken, ob man Unternehmen, die sich so verhielten, nicht mit Sonderabgaben belegen müsse. Dies macht deutlich, in welcher Bandbreite das Thema "Globalisierung" bei uns jetzt politisch diskutiert wird. Von der Politik wird nun verlangt, solchen Prozessen entgegenzuwirken und sie handelnd zu steuern.

Kulturelle Gegenwehr gegen die Dominanz der Ökonomie

Globalisierung ist ein ökonomisch bestimmter Prozeß. Es ist die Wirtschaft, besser: es sind die Kräfte der Märkte, die diesen Prozeß veranlassen und vorantreiben. Gegen diese Dominanz der Ökonomie gibt es eine kulturelle Gegenwehr, und das nicht nur bei Fundamentalisten, sondern auch bei uns. Menschen wollen nicht fremdbestimmte Objekte anonymer Marktmächte sein. Sie wollen nicht Prozessen ausgeliefert sein, die sie nicht beeinflussen können. Und sie wollen vor allem ihr Leben auch nicht ausschließlich ökonomischen Zwängen unterwerfen, weil allein vom und für das Brot zu leben keinen Sinn für das Leben ergibt. Die Menschen wollen ihr Leben der Wirtschaft, von der es zwar existentiell abhängt – was sie wissen – nicht in allen Bezügen unterordnen. Das entspricht auch unserem christlichen Menschenbild. Deshalb ist die Anforderung an die Politik berechtigt, diesen Prozeß auch zu gestalten. Wir können uns nicht damit abfinden, gleichsam selbstlaufende Prozesse nur noch als Objekte zu erleiden. Das werden die Menschen nicht mitmachen.

Die Angst vor Folgen der Globalisierung ist in Deutschland größer als in anderen Ländern, weil bei uns der Systemerfolg unserer Gesellschaft viel stärker über den Wirtschaftserfolg definiert wird als beispielsweise in Frankreich, Großbritannien oder in den Vereinigten Staaten, die auch – jemand hat das einmal so ausgedrückt – ihre Trikolore, die Marseillaise, den American Dream, also ein anderes Nationalbewußtsein haben, das losgelöst ist vom momentanen Wirtschaftserfolg.

Und es kommt noch ein zweites hinzu, was unsere deutsche Gesellschaft dazu bringt, das Ganze als einen sehr unheimlichen Prozeß anzusehen. Dieser Veränderungsdruck, den wir jetzt spüren, kommt nicht von Westeuropa, der kommt nicht von uns, sondern der kommt von außen, von asiatischen "Tigerstaaten", Indien oder China, und erscheint wenig beeinflussbar.

Antworten der Parteien

Wie antworten die Parteien auf diese Herausforderungen? Was sagen die Grünen? Ihr Fraktionssprecher Joschka Fischer geht aus von der Frage: Was hält hochproduktive Marktgesellschaften friedlich zusammen?4) Er beantwortet diese Frage mit der Feststellung, es sei der Sozialstaat westeuropäischer Prägung, der diesen Konsens erzeuge. Dieser sei jetzt durch die Globalisierung herausgefordert. Der Druck der Globalisierung auf die Arbeitsmärkte in Westeuropa führe zu einem kontinuierlichen Anstieg der Dauerarbeitslosigkeit, die wiederum den Druck auf die Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme erhöhe. Weil "die Rechte" den Sozialstaat mehr und mehr ausschließlich unter Kostengesichtspunkten sehe, werde sich "die Linke im Zeitalter der Globalisierung demnach nicht nur aus ökologischen, sondern auch aus sozialen Gründen ernsthaft Gedanken um die Produktion des Reichtums machen müssen" – (das hat nach Fischer bis dato die Rechte gemacht) – "wenn sie seine sozialstaatliche Verteilung auch in Zukunft garantieren will" – (dafür hat sich bisher laut Fischer exklusiv die Linke interessiert).

Grüne: Arbeits- und Lebenswelt verändern

Die Antwort, die Fischer dann gibt, geht allerdings sofort wieder auf die Verteilungsseite ein und läßt offen, was die Grünen denn nun zur Erzeugung des Reichtums bei uns beitragen wollen. Stattdessen sagt er, wir brauchten eine Veränderung des Verhältnisses von Arbeits- und Lebenswelt. Die Strategie der Arbeitszeitverkürzung sei an ihre Grenzen gestoßen, und weil nun immer weniger Arbeit da sei, müsse man zu einer neuen Sozialstaatsverfassung kommen mit dem Charakter eines Netzes, das den Ein-, Aus- und Umstieg zwischen verschiedenen Berufen und Tätigkeiten, Vollzeit- und Teilzeitarbeit, Arbeits- und arbeitsfreier Zeit, Familie und Fortbildung, Selbständigkeit und abhängige Beschäftigung, Rente und Altentätigkeit zuläßt, ohne daß damit für die Betroffenen der soziale und berufliche Abstieg oder gar die soziale Deklassierung verbunden ist." Wer sich bei diesem Zitat an den alten Marx erinnert fühlt, der in seiner Vision von der kommunistischen Gesellschaft davon gesprochen hat, daß es dort möglich sei, "morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe", hat Fischer wahrscheinlich auf dem richtigen Fuß erwischt.

Immerhin, er beklagt die Effizienzverluste des Sozialstaates, spricht von der Notwendigkeit einer Effizienzrevolution, will mehr auf Selbsthilfe und Hilfe auf Gegenseitigkeit setzen. Damit hat er zwar immer noch die Verteilungsseite im Blick, aber immerhin mit richtigen Ansätzen. Auch seiner Feststellung, "jeder Sozialstaat hat seine Finanzierungsgrenze und hängt von den wirtschaftlichen Erträgen ab", ist ja nicht zu widersprechen.

SPD: Schutzkartell der Reichen

Nun zur SPD: Der Parteivorsitzende Oskar Lafontaine wählt für seinen Beitrag zum Thema Globalisierung die Überschrift "Standortwettbewerb kann nicht die Lösung sein"⁵⁾ und leugnet damit das Problem an sich. Er schildert, daß die Globalisierung einen verhängnisvollen Abwertungswettlauf ausgelöst habe: Niedrige Löhne, niedrige soziale Leistungen, niedrige Unternehmenssteuern, niedrige Umweltstandards. Dieser Abwertungswettlauf der traditionellen Standortpolitik habe nicht nur ökonomische Konsequenzen, sondern stelle auch die kulturellen Grundlagen und Werte unserer Gesellschaft in Frage. Die bisherige Politik habe auf die Globalisierung mit einer Renationalisierung reagiert. Lafontaine sieht stattdessen die Lösung in internationaler Zusammenarbeit, nennt Stichworte wie "gerechter Leistungswettbewerb" und "fairer Handel". Mit der Globalisierung seien zwar die nationalen Handlungsspielräume kleiner geworden, gleichzeitig hätten sich aber neue Handlungsmöglichkeiten auf der internationalen Ebene, der EU, der G 7, der OECD eröffnet. Dies sei eine Chance für die Neubestimmung staatlicher Souveränität. Diese internationale Zusammenarbeit solle zu einer koordinierten Politik der alten Industriestaaten führen und sich "auf acht wirtschaftspolitische Aufgaben konzentrieren: eine Stabilisierung der Wechselkurse; eine stabilitätsorientierte und zugleich wachstumsorientierte Zinspolitik; eine konjunkturgerechte und beschäftigungsorientierte Budgetpolitik; eine harmonisierte Steuerpolitik; eine gemeinsame Technologiepolitik; eine internationale Sozialcharta; eine konzertierte Offensive gegen globale Umweltzerstörung und schließlich eine nachhaltige Stärkung der Binnennachfrage." Aus meiner Sicht ist die Antwort, die die SPD hier gibt, eine Mischung aus problemleugnender Vogel-Strauß-Politik und Wunschenken. Soweit internationale Zusammenarbeit angemahnt wird, deutet insbesondere die Forderung nach ökologischen Mindeststandards und einer internationalen Sozialcharta darauf hin, daß hier einem ökologisch oder sozial verbrämten Protektionismus der alten Industriegesellschaften das Wort geredet wird.

CDU: Wettbewerbsfähigkeit ist entscheidend

Nun zur CDU: Hier hat sich jüngst Minister Jürgen Rüttgers geäußert⁶⁾ und festgestellt, daß es bei unseren Antworten nicht um einen Kostenwettlauf nach unten gehen dürfe. Entscheidend sei nicht, wer der Billigste, sondern wer der Beste sei. Rüttgers hält auch fest, daß es nicht im Interesse der Menschen liege, von einer verselbständigten Weltökonomie regiert zu werden. Er geht allerdings der Frage dann nicht weiter nach, wie man das verhindern kann. Die Kooperation von Staaten zur Gestaltung einer fairen Wettbewerbsordnung sei in Umrissen schon heute vorhanden, etwa innerhalb der Europäischen Union, der OECD und der Welthandelsorganisation. Für Rüttgers ist "Wettbewerbsfähigkeit" der Schlüsselbegriff für die Frage, wie wir mit den Herausforderungen der Globalisierung fertig werden können. Er fordert mehr deutsche Auslandsinvestitionen in den Wachstumsregionen und Innovation in neue Produkte. Ein Hochlohnland müsse ein High-Tech-Land sein; der Standortwettbewerb sei allein über Kostenreduzierung nicht zu gewinnen, sondern letztlich nur über ein Bündel von Faktoren. Dazu gehöre Bildung, die Qualifikation der Beschäftigten, die Finanzausstattung der Märkte, die rechtlichen Rahmenbedingungen und die Infrastruktur für Forschung und Entwicklung.

Dem Standortwettbewerb stellen

Nach meiner Überzeugung muß Deutschland nicht nur, sondern kann sich auch mit Erfolg dem Standortwettbewerb stellen. Dabei kommen auf die Unternehmen bzw. die Wirtschaft einerseits und den Staat auf der anderen Seite ganz unterschiedliche Aufgaben zu. Das ist wichtig festzuhalten, denn in Diskussionen läßt sich immer wieder feststellen, daß sich Unternehmer vor allem Gedanken darüber machen, was die Politik machen müsse, und Politiker dilettieren mit Empfehlungen für die Entwicklung neuer Produkte oder Marktstrategien. Das kann nicht gut gehen und Politiker sollten bei ihren Leisten bleiben. Die Entwicklung und der Verkauf von Produkten und Dienstleistungen ist Sache der Unternehmen, Politik hat die Aufgabe, die staatlichen Rahmenbedingungen international wettbewerbsfähig zu machen.

Staatliche Rahmenbedingungen international wettbewerbsfähig machen

Was gehört dazu? Angesichts vielfältiger Unwägbarkeiten in der Entwicklung wirtschaftlicher Märkte, die zum Wesen der Marktwirtschaft gehören, ist eine ganz wichtige Voraussetzung für erfolgreiches Wirtschaften Stabilität im politischen Umfeld. Zu dieser Stabilität gehört innere Stabilität, äußere Sicherheit, innere Sicherheit, soziale Stabilität, Stabilität der Währung und Rechtssicherheit. Wie bedeutsam z.B. letztere ist, können alle nachvollziehen, die in den letzten 5 Jahren in den neuen Bundesländern mit ungeklärten Eigentumsverhältnissen zu tun hatten.

Weitere Fragen der Wettbewerbsfähigkeit staatlicher Rahmenbedingungen: Wie ist das mit den Verkehrs- und Nachrichtenwegen, wie gut sind Bildung und Ausbildung der Bevölkerung, wie sieht es mit der staatlichen Grundlagenforschung aus und dem Transfer ihrer Ergebnisse in die Wirtschaft. Zu diesen staatlich beeinflussten Rahmenbedingungen gehört sicherlich auch eine leistungsfähige Verwaltung statt einer behindernden Bürokratie, deshalb z.B. die Diskussion um kürzere Genehmigungsverfahren. Es gehört sicherlich dazu eine möglichst intakte Umwelt und es gehören viele "weiche Standortfaktoren" dazu wie Kultur, Freizeitmöglichkeiten usw. Und erst dann kommt die Frage der Abgabenbelastung. Denn die Abgabenbelastung steht natürlich in einer Relation zu all diesen Leistungen, die das öffentliche Gemeinwesen ersteinmal erbringen muß. Man kann nicht die Abgabenbelastungen irgendeines Staates auf der Welt mit der deutschen vergleichen, ohne auch in den Vergleich einzubeziehen, was denn an stabilem und sicherem Umfeld für das Wirtschaften erzeugt wird, also die staatlichen Rahmenbedingungen, deren Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich die Politik sicherstellen muß.

Staatliche Handlungsfähigkeit im Zeitalter der Globalisierung

Ökonomische Globalisierungsprozesse führen nicht zur Ohnmacht der Politik. Globalisierung darf nicht als Entschuldigung dafür dienen, die Hände in den Schoß zu legen, weil ja die Handlungs- und Wirkungsmöglichkeiten der Politik im wesentlichen an der Staatsgrenze endeten und Globalisierung gerade dadurch gekennzeichnet sei, daß diese Prozesse hier nicht Halt machen. Die skizzierten Bestandteile staatlicher Rahmenbedingungen sind samt und sonders sehr unmittelbar durch den Staat zu gestalten und durchaus verbesserungsfähig und -bedürftig. Hier hat Politik alle Hände voll zu tun. Das Programm der Bundesregierung "Für Wachstum und Beschäftigung" setzt hier an und sucht den "Standort Deutschland" wettbewerbsfähiger zu machen.

Sicher, wenn man Politik weniger als Ordnungspolitik versteht, sondern mehr im Sinne von direkten Eingriffen, dann verliert Politik durch die Globalisierung an Einflußmöglichkeiten. Der Interventionsstaat verliert seine Handlungsmöglichkeit zur Steuerung der Wirtschaft. Der Staat, der glaubt, wenn er die Forschung von Siemens fördert, wird Siemens auch Arbeitsplätze in Deutschland schaffen, wird sich jedenfalls dann täuschen, wenn die Rahmenbedingungen in Deutschland nicht stimmen. Der Staat, der sich ordnungspolitisch auf die Rahmenbedingungen der Wirtschaft konzentriert, bleibt nach wie vor auch gegenüber der eigenen Wirtschaft durchaus handlungsfähig.

Natürlich muß auch die multilaterale und internationale Zusammenarbeit verstärkt werden. Das große Projekt "Weiterentwicklung und Vertiefung der Europäischen Union" ist dafür das klassische Beispiel und mit dem Schlüsselprojekt der Währungsunion auch eine Antwort Europas auf die Globalisierung.

Demokratieproblem noch ungelöst

Diese multilaterale und internationale Zusammenarbeit ist eine Zusammenarbeit der Regierungen. Je dauerhafter, umfassender und verbindlicher sie wird, desto dringender stellt sich die Frage nach der demokratischen Legitimität dieser Entscheidungen. Auch in der EU ist trotz des Europäischen Parlaments die Zusammenarbeit weitgehend intergouvernemental geprägt und es gehört zu den wichtigen Aufgaben der Regierungskonferenz, offenkundige Demokratiedefizite der EU zu beheben. In all den anderen internationalen Zusammenschlüssen von GATT über G7 bis OECD wird die Rückbindung der Entscheidungen an die Parlamente und damit an das Volk zur Kardinalfrage, vor der wir stehen.

Wie läßt sich in diesen internationalen Zusammenschlüssen eine Handlungsfähigkeit organisieren, die über koordinierende Abstimmungsmechanismen hinausgeht, die dem einzelnen Mitgliedsstaat nur mehr oder weniger unverbindliche Handlungsempfehlungen geben? Lassen sich den Einzelstaat verpflichtende Entscheidungen in internationalen Zusammenschlüssen nur einstimmig vorstellen? Die Diskussion in der EU um die verstärkte Möglichkeit von Mehrheitsentscheidungen bewegt sich genau um diese Frage. Aber in der vergleichsweise stark integrierten EU sind es ja nicht nur die Briten, die Probleme mit der Vorstellung haben, Mehrheitsentscheidungen akzeptieren zu sollen, die auf der europäischen Ebene gegen die Stimmen Großbritanniens zustandegekommen sind. Hatte nicht auch Deutschland Probleme, BSE-Mehrheitsentscheidungen zu akzeptieren? Dies führt zur Frage nach den Voraussetzungen, die gegeben sein müssen, damit Mehrheitsentscheidungen, mit denen man nicht einverstanden ist, trotzdem hingenommen und akzeptiert werden.

Entscheidend ist, daß die Bevölkerung den Eindruck hat, daß sie falsche Mehrheitsentscheidungen, von denen sie betroffen ist, durch eigene Wahlentscheidungen beim nächsten Wahlgang korrigieren kann. Und weil dieser Mechanismus auch den "Entscheidern" bekannt ist, werden sie sich am erwarteten Wählerwillen orientieren. Aber genau dieser Mechanismus fehlt bisher auf europäischer Ebene, von anderen internationalen Zusammenschlüssen ganz zu schweigen. Die Wähler können die europäische Kommission nicht abwählen, auch nicht mittelbar durch ihre Stimmabgabe bei den Wahlen zum europäischen Parlament.

Wenn also auch internationale Zusammenarbeit dazu beitragen soll, die Globalisierungsprozesse der Wirtschaft durch internationale Vereinbarungen und Ordnungsrahmen zu steuern, damit die Menschen nicht zu bloßen Objekten ökonomischer Prozesse werden, dann bedarf diese intergouvernementale Zusammenarbeit auch demokratischer Legitimation.

Wirtschaft und Politik im Zeitalter der Globalisierung

Carsten Kreklau

Internationale wirtschaftliche Verflechtungen bestehen schon seit einigen hundert Jahren. Bereits im dreizehnten Jahrhundert reichten die Handelshäuser der Deutschen Hanse bis nach Nowgorod, Bergen, Brügge und London. Im siebzehnten Jahrhundert erstreckte sich der Wirkungsbereich großer Handelskompanien, wie der Ostindischen Gesellschaft, auf die Kolonien der europäischen Staaten. In Deutschland bewegte sich bereits im Jahr 1913 die Export- und Importquote in der heutigen Größenordnung. Mit der Entwicklung der modernen Massenproduktion sind immer mehr Länder Teil eines weltumspannenden Marktes geworden. Multinationale Unternehmen, die über Produktionsstätten und Niederlassungen in mehreren Ländern verfügen und die globale Strategien entwickeln, gehören seit Jahrzehnten zum internationalen Wirtschaftsleben.

Globalisierung meint also keineswegs nur die weltweite Tätigkeit von Unternehmen, sondern eine völlig neuartige Intensität der weltwirtschaftlichen Verflechtung. Seit Beginn der achtziger Jahre ist das Welthandelsvolumen jährlich im Schnitt um real sechs Prozent gewachsen und beträgt heute rund sechs Billionen US-Dollar. Ausländische Direktinvestitionen haben sich von 1980 bis 1995 verdreifacht und betragen im letzten Jahr 3000 Milliarden US-Dollar. Die Zahl der Mitarbeiter in multinationalen Unternehmen hat sich weltweit von knapp 40 Millionen im Jahr 1975 auf über 70 Millionen Anfang der neunziger Jahre erhöht. Der Prozeß der Globalisierung erfaßt nicht nur die gesamte Wirtschaft, sondern auch eine Vielzahl von Politikbereichen. Das Thema 'Wirtschaft und Politik im Zeitalter der Globalisierung' hat also einige Brisanz.

Das Zeitalter der Globalisierung hat noch gar nicht richtig begonnen

Die immer engere globale Vernetzung der Wirtschaft ist schon seit einiger Zeit im Gange. Die bisherigen Veränderungen waren allerdings erst Vorboten – der größte Teil des Wandels steht noch aus. Jeder grundlegende Wandel enthält das Risiko, daß seine Auswirkungen nur schwer abzuschätzen sind. Für die Globalisierung gilt zweierlei: Erstens findet dieser Wandel statt, ob wir es wollen oder nicht. Zweitens kann die Tendenz des Wandels grundsätzlich positiv beurteilt werden. Für stark außenwirtschaftlich orientierte Staaten, wozu sicher Deutschland zu zählen ist, liegen beträchtliche Chancen in der Globalisierung. Für immer mehr Entwicklungs- und Schwellenländer bietet sie die Möglichkeit, enger in die internationale Arbeitsteilung einbezogen zu werden.

Den Anstoß für die Globalisierung der Märkte gab ein Innovationsschub in der Informationstechnologie, vor allem in den Bereichen Telekommunikation und Informatik. Die Digitalisierung von Kommunikationssystemen ermöglicht neue Anwendungen, etwa die unter dem Stichwort 'Multimedia' zusammengefaßten Nutzungsmöglichkeiten für den Privathaushalt in Form von on-line-Bankservice, Home-shopping oder Video-on-demand.

Die Durchschlagskraft von Innovationen erreicht neue Dimensionen, weil Neuerungen der Informationstechnologie das Innovationstempo in anderen Bereichen, etwa der Mikroelektronik oder der Biotechnologie, ganz erheblich gesteigert hat. Davon betroffen ist nicht nur die industrielle Produktion oder der Wirtschaftsbereich insgesamt, sondern alle Lebensbereiche. Wissen ist damit in seiner Bedeutung den Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Rohstoffen gleichwertig, was zu weltweit höherer Produktivität führt.

Mit der Globalisierung fallen die Grenzen, die früher in unterschiedlichen Zeitzonen bestanden. Softwareentwicklungen sind über Datenleitungen an jeden beliebigen Ort übertragbar. Die Welt ist zu einer globalen Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionseinheit geworden. Unternehmen mit Entwicklungsteams in den USA, Europa und Asien sind in der Lage, an ein und demselben Produkt an verschiedenen Standorten zu verschiedenen Zeiten kontinuierlich zu arbeiten, wobei ein Team jeweils die Arbeitsergebnisse des anderen Teams übernimmt, daran weiterarbeitet und eigene Ergebnisse an ein drittes Team weiterleitet.

Entwicklungen im Transportwesen mit neuartigen Frachtzentren oder der Lieferung per 'Nachtsprung' sind ebenfalls eindruckliche Beispiele dafür, daß moderne Informationstechnologie als Multiplikator auf das Leistungspotential anderer Sektoren wirkt. Welche Rationalisierungsreserven in diesem Bereich in Deutschland und Westeuropa noch erschlossen werden können, zeigt sich am relativ hohen Anteil der Transportkosten am BIP: dieser liegt in Westeuropa bei 12,2 Prozent, in den USA und Japan jedoch bei 10,5 und 10,2 Prozent. Sicherlich ist der Unterschied nicht nur durch ein höheres Frachtaufkommen innerhalb Westeuropas zu erklären.

Die regionalen Handelsverflechtungen sind enger denn je. Aber nicht nur innerhalb der Europäischen Union, auch in Asien, Nord- oder Lateinamerika sind die Volkswirtschaften heute aufs engste durch entsprechende regionale Handelsbeziehungen und wechselseitige Investitionsengagements in der Region miteinander verflochten. Die Regionalisierung, vor allem des Handels, wird sich aber nicht als Hemmnis für die Globalisierung erweisen, auch wenn einzelne regionale Handelsblöcke gelegentlich protektionistische Tendenzen erkennen lassen. Am Beispiel der Europäischen Union und der NAFTA wird jedoch deutlich, daß ein Wirtschaftsblock auch zum Schrittmacher für den Globalisierungsprozeß werden kann. Die nach innen weitreichende Liberalisierung, von der Unternehmen außerhalb des regionalen Wirtschaftszusammenschlusses ausgenommen sind, tragen langfristig zum Abbau von Handelshemmnissen und Marktzugangsbedingungen weltweit bei.

Der Anpassungsdruck auf die Unternehmen wächst dramatisch

Von dem mit der Globalisierung verbundenen härteren internationalen Wettbewerbsdruck sind gleichermaßen große Unternehmen, der deutsche Mittelstand, aber auch kleine Unternehmen betroffen. Ein wachsender Anteil der deutschen Unternehmen, die im Ausland investieren und sich zu 'global players' entwickeln, sind mittelständische. Gefragt ist eine hohe Anpassungsfähigkeit der Unternehmen. Sie müssen sich auf schnellere und flexiblere Produktionsprozesse einstellen können. 'Just-in-time-Lieferung' und 'outsourcing' sind Begriffe, die eng damit verbunden sind. Die Unternehmensstrategie muß darauf abgestimmt sein, daß immer mehr Dienstleistungen über große geographische Entfernungen hinweg handelbar sind. Deutsche Unternehmen haben beispielsweise ihre Lohnbuchhaltung ganz oder teilweise nach Indien verlagert, wobei entsprechende Informationen per Datenleitung in Sekundenschnelle in der Zentrale in Deutschland zur Verfügung stehen.

Der engere internationale Wettbewerb setzt an Qualität und Spezialisierung neue Maßstäbe. Mit dem Anbieten heute noch wettbewerbsfähiger Produkte ist es immer weniger getan, Unternehmen müssen sich auf ein permanentes Ringen um weitere Verbesserungen und Innovationen einlassen. Die Anpassungsleistung, mit der deutsche Unternehmen auf den schärferen innereuropäischen Wettbewerb im Zuge des europäischen Binnenmarktes reagiert haben, war erst der Probelauf für die Globalisierung der Märkte, wie sie gegenwärtig stattfindet.

Zum Anpassungsdruck tragen Veränderungen des Kapitalmarktes bei: er ist gleichzeitig transparenter, effizienter und flexibler geworden. Die Voraussetzungen wurden durch den Abbau einer Vielzahl von Kapitalverkehrsbeschränkungen im Laufe der letzten Jahre geschaffen. Mit der Ausweitung des internationalen Kapitalverkehrs ging ein steiler Umsatzzuwachs an den Devisenmärkten einher. Weltweit werden Tag für Tag Devisenhandelsgeschäfte von umgehend 200 Milliarden US-Dollar getätigt.

In Sekundenschnelle können heute Milliardenbeträge um den gesamten Globus geschickt werden. Kapital steht schnell zur Verfügung und kann ebenso schnell wieder abgezogen werden. Auf der Suche nach möglichst produktiver Verwendung reagiert es immer sensibler auf Rendite-Unterschiede. Dadurch kommt es vermehrt zu schnellen Veränderungen in der Marktstellung einzelner Unternehmen und der Ausleseprozeß wird beschleunigt.

Die heutige Ausgangslage Deutschlands gibt Anlaß zu vorsichtigem Optimismus

Eines der Phänomene, die die Globalisierung der Märkte begleitet, ist die Verschiebung des weltwirtschaftlichen Gefüges. Unter dem Vorbehalt, daß das Pro-Kopf-Einkommen nur einen Aspekt der gegenwärtigen Ausgangslage skizziert, liegt Deutschland mit Rang 13 etwas zurück hinter der Spitzengruppe bestehend aus Luxemburg, den USA, Kuwait, der Schweiz und Hongkong. Ändern wird sich in Zukunft zum einen, daß die Zahl der Spieler im globalen Wettbewerb steigt. Entwicklungs- und Schwellenländer, die vor ein paar Jahren noch nicht in die internationale Arbeitsteilung integriert waren, treten zunehmend selbst als Handels- und Investitionspartner auf.

Ändern wird sich aber auch das Gewicht, das einzelne Länder und Regionen in der Weltwirtschaft einnehmen. Eine besondere Rolle werden zukünftig die Schwellenländer Südostasiens spielen. Der 1996er World Competitiveness Report des Genfer World Economic Forum listet unter den zehn führenden Staaten im Index der Wettbewerbsfähigkeit vier südostasiatische Staaten auf: Singapur und Hongkong sowie Taiwan und Malaysia. Singapur und Hongkong nehmen dabei sogar die beiden Spitzenpositionen des Index ein. Deutschland liegt auf Platz 22. Ein noch schärferes Bild zeichnet ein Wachstums-Ranking desselben Berichts, bei dem die Position im Index der Wettbewerbsfähigkeit mit dem aktuellen Wachstum von Pro-Kopf-Einkommen und Bevölkerung kombiniert und für den Zeitraum 2000 bis 2005 hochgerechnet wurde. Ergebnis: Unter den Plätzen eins bis zehn sind acht Staaten Südostasiens.

Für die OECD-Staaten erwartet die Weltbank in den Jahren 1996 bis 2005 jährliche Wachstumsraten von 2,9 Prozent. Zukünftig ist mit einem schnelleren Wachstum von Entwicklungs- und Schwellenländern gegenüber den Industrieländern zu rechnen. Entwicklungsländer wie Brasilien, Indien oder Indonesien werden einen wirtschaftlichen Aufschwung erleben wie Europa in den fünfziger und Japan in den sechziger Jahren. Die Mittelschicht in Asien dürfte bis zum Jahr 2010 auf etwa 750 Millionen Menschen anwachsen. Wenn es China gelingt, seine mit der raschen wirtschaftlichen Entwicklung verbundenen Probleme zu meistern, wird das Land in 50 Jahren auf dem Wohlstandsniveau der OECD-Staaten angelangt sein und eine Wirtschaftskraft aufweisen, die drei bis vier mal so groß wie die der USA sein wird.

Ist also die Globalisierung eine Gefahr für die Industrieländer und müssen wir nicht befürchten, eines nicht allzu fernen Tages von heutigen Entwicklungsländern wirtschaftlich überrollt zu werden?

Diese Gefahr bestünde dann, wenn schnelleres wirtschaftliches Wachstum in den Entwicklungsländern quasi automatisch zu einer Senkung des Wohlstandsniveaus in den Industrieländern führen würde. Die Weltwirtschaft ist aber kein Nullsummenspiel. Der weltweite Wohlstand ist keine konstante Größe, nach der das eine Land automatisch weniger erhält, wenn ein anderes Land mehr erwirtschaftet.

Dagegen spricht erstens die historische Erfahrung: In den fünfziger Jahren, als die USA als reichste Nation ein Wirtschaftswachstum von zwei Prozent aufwies, holten die wachstumsstarken westeuropäischen Staaten und Japan mit jährlichem Wachstum von sechs bis sieben Prozent auf, bis sie ein vergleichbares Wohlstandsniveau wie die USA erreicht hatten. Das der USA hat aber im selben Zeitraum keineswegs abgenommen. Heute haben die asiatischen Tiger Wachstumsraten von neun Prozent oder mehr und nichts weist darauf hin, daß von ihnen unser Wohlstandsniveau überflügelt würde. Geändert hat sich die Frequenz des Wandels. Heute verschieben sich weltwirtschaftliche Gewichte erheblich schneller als noch vor dreißig Jahren.

Zweitens spricht dagegen die Annahme, daß die bessere Herstellung von Gütern und Dienstleistungen, also der Produktivitätsfortschritt, der eigentliche Motor des weltwirtschaftlichen Wachstums ist. Wichtig, um mit der Entwicklung der Weltwirtschaft Schritt halten zu können, ist demnach die Lernfähigkeit, sich neuen Entwicklungen anzupassen. Dadurch, daß die asiatischen Staaten die Bedingungen ihres jeweiligen Standorts positiv zu nutzen wissen, sollte unsere Lernfähigkeit in keinster Weise beeinträchtigt sein.

Drittens sollte daran erinnert werden, daß der größte Anteil an der Wirtschaft der Industriestaaten entweder überhaupt nicht gehandelt wird oder zwischen Industrieländern ausgetauscht wird. Mehr als 80 Prozent des Handels der Europäischen Union wird innerhalb des Kreises der OECD-Staaten abgewickelt. Die Industrieländer haben also einiges zu gewinnen, wenn Länder aus dem Kreis der Entwicklungs- oder Schwellenländer in den Kreis der Industrieländer wechseln.

Ziel der deutschen Wirtschaft und Politik muß es sein, den vorhandenen Wohlstand zu erhalten

Von Seiten der Politik wird gelegentlich ein Unbehagen geäußert, bei der Globalisierung nur unbeteiligter Zuschauer zu sein, während global operierende Unternehmen die eigentlichen Akteure sind. Die Globalisierung stellt nicht nur Anforderungen an Unternehmen oder die Wirtschaft. Vor allem in zwei Bereichen ist in erster Linie die Politik gefordert, auf aktuelle globale Fragen eine Antwort zu finden. Das schnelle Wachstum vor allem der asiatischen Schwellenländer stellt eine Herausforderung an die Zusammenarbeit aller Staaten in der Sicherheitspolitik dar. Die Gefahr besteht, daß sich das schnelle Wachstum destabilisierend auf Politik und Sozialgefüge auswirkt. Die Vermeidung eines drastischen Anstiegs der Rüstungsausgaben und eines Verteilungskampfes um vorhandene Energieressourcen sind vordringliche Aufgaben einer Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik.

Der zweite Aufgabenbereich internationaler Zusammenarbeit ist die Doppelbedrohung aus demographischer Entwicklung und Gefährdung der Umwelt. Die Weltbevölkerung wird gegenwärtig auf 5,7 Milliarden Menschen geschätzt. Die UNO erwartet für das Jahr 2025 einen Anstieg der Bevölkerung auf 8,3 Milliarden Menschen (nach der sog. mittleren Prognosevariante). 94 Prozent des gegenwärtigen Bevölkerungswachstums entfällt auf Entwicklungsländer. Die Weltbank geht davon aus, daß der gesamte Zuwachs im Weltenergieverbrauch in den kommenden Jahren auf Entwicklungsländer entfallen wird, allein zwei Drittel auf China und Indien.

Die Gefahren verdeutlicht beispielsweise der Erdölverbrauch: China war bis November 1993 Nettoexporteur von Erdöl, Indonesien ist heute noch Nettoexporteur. Bereits in wenigen Jahren werden die Ölimporte Asiens mehr als 15 Prozent des weltweiten Erdölverbrauchs ausmachen. Mit mehr als drei Vierteln der Weltbevölkerung waren die Entwicklungsländer in der Periode 1986 bis 1990 für nur 28 Prozent des Weltverbrauchs an fossilen Brennstoffen verantwortlich. Bei dem enormen Wirtschaftswachstum der Entwicklungsländer können wir die zusätzliche Umweltbelastung durch entsprechenden Energiebedarf nur ahnen. Hier sind politische Lösungen gefragt, die mit großen Anstrengungen verbunden sind.

Drei Anknüpfungspunkte bestehen, um den vorhandenen Wohlstand zu erhalten:

- Die Absicherung unserer Position auf den Weltmärkten: Deutschland erwirtschaftet ein Drittel seines Bruttoinlandsprodukts im Export. In konjunkturellen Schwächephasen erweist sich der Export immer wieder als Konjunkturlokomotive. Beinahe die gesamten letzten zwanzig Jahre schwankte der deutsche Weltmarktanteil zwischen zehn und zwölf Prozent. Offen ist, ob der Anteil des deutschen Exports durch das vergleichsweise höhere Wirtschafts- und Handelswachstum in Wachstumsmärkten zurückgehen wird oder gehalten werden kann.
- Mehr Einkommen im Inland erzielen: Erfolg auf dem Weltmarkt heißt immer auch Rationalisierung, was auf Kosten der Arbeitsplätze geht. Deutschland hat aber noch Nachholbedarf, was die Beschäftigung im Dienstleistungssektor anbelangt. Durchschnittlich sind sowohl in der Europäischen Union, als auch in den OECD-Staaten 64 Prozent der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor tätig. In Deutschland liegt der Anteil bei weniger als 60 Prozent. Voraussetzung für mehr Einkommen im Inland kann durch die Fortsetzung der Deregulierung geschaffen werden. Dies beinhaltet die weitere Liberalisierung etwa im Bereich der Strom- und Gasversorgung, der Privatisierung von Leistungen des Bundes oder der Kommunen, die Teilprivatisierung, die den Druck privater Anteilseigner hin zu mehr Effizienz herstellen könnte und selbstverständlich die deutliche Verlängerung der Ladenöffnungszeiten.
- Flexibilität schaffen für neue Arbeitsplätze: Höhere Produktivität alleine schafft noch keine oder nur wenig Arbeitsplätze. Mehr Wettbewerbsfähigkeit bei international handelbaren Produkten des verarbeitenden Gewerbes führt nicht automatisch zu neuen Arbeitsplätzen. Die Zahl der nicht am Erwerbsleben beteiligten Erwerbsfähigen liegt in Deutschland immerhin bei etwa sieben bis acht Millionen. Dazu gehören Arbeitslose, durch Fortbildung und Umschulung gebundene Arbeitskräfte sowie Personen im Vorruhestand. Um mehr Arbeitsplätze zu schaffen muß der Arbeitsmarkt flexibilisiert und die Anpassungsfähigkeit von Löhnen und Gehältern wieder hergestellt werden. Vor allem im Dienstleistungsbereich hätten wir dann mehr Beschäftigte. In der Forschungsförderung müßten neue Akzente gesetzt werden, um Innovationen und deren Anwendung in der industriellen Fertigung zu befördern. Überlegungen, jungen Unternehmen und Selbständigen adäquates Risikokapital zu günstigen Finanzierungsbedingungen zur Verfügung zu stellen, gehen ebenfalls in diese Richtung.

Um den Standort Deutschland zu verbessern, muß noch einiges getan werden

Deutsche Unternehmen investieren nicht etwa deshalb im Ausland, weil sie sich mit schlechten Standortbedingungen in Deutschland abgefunden hätten. Die gestiegene Flexibilität der Unternehmen sorgt für verschärften Wettbewerb zwischen Standorten. Hierin ist aber keine Drohung von Seiten des Unternehmens nach dem Motto 'Entweder der Standort Deutschland wird besser – oder ich produziere im Ausland' zu sehen. Vielmehr trifft das Unternehmen eine Investitionsentscheidung auf der Grundlage eines ganzen Bündels von unternehmens- und marktstrategischen Motiven.

Angesichts der regionalen Aufteilung deutscher Direktinvestitionen im Ausland ist vielmehr festzustellen, daß deutsche Unternehmen bei der Globalisierung noch Nachholbedarf haben. Mehr als 85 Prozent des Bestands deutscher Direktinvestitionen entfallen auf OECD-Länder, darunter allein 65 Prozent auf Europa. Bei Investitionen auf Wachstumsmärkten hinken deutsche Unternehmen mit Ausnahme von Investitionen in Mittel- und Osteuropa deutlich hinter Unternehmen aus unseren Konkurrenzländern her. Die Verlagerung von Arbeitsplätzen an kostengünstigere Standorte im Ausland sichert auf lange Sicht in Deutschland verbleibende Arbeitsplätze ab, die andernfalls mangels Wettbewerbsfähigkeit des gesamten Unternehmens wegfallen könnten.

Im Wettbewerb der Standorte sind günstige und vor allem verlässliche Rahmenbedingungen gefragt. Richtungweisend sind hierbei effiziente staatliche Verwaltung und niedriges Steuer- und Regulierungsniveau. Fünf der sechs nach dem Global Competitiveness Report wettbewerbsfähigsten Staaten sind kleine, offene Volkswirtschaften mit relativ schlanken Regierungen und Verwaltungen und insgesamt niedrigem Steuerniveau: Singapur, Hongkong, Neuseeland, Luxemburg und die Schweiz. Die einzige Ausnahme sind die USA auf dem vierten Platz.

Bewußtsein für globale Lösungsansätze fördern

Das Thema Globalisierung erfordert unsere volle Aufmerksamkeit, da unser Bewußtsein mit den Veränderungen der Globalisierung bislang nicht Schritt gehalten hat. Grenzübergreifende Problemlösungen im Umweltschutz machen unser Engagement notwendig. Nationale Sonderwege – etwa im Klimaschutz – sind angesichts der zunehmenden weltweiten Verflechtung unserer Wirtschaft und angesichts der globalen Tragweite der Umweltprobleme sowohl ökonomisch als auch ökologisch kontraproduktiv. Das aktuelle Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission gegen die deutsche Mehrwegquote im Verpackungsbereich zeigt zudem die Folgen einer Politik auf, die auf der Basis isolierter und statischer ökologischer Vergleiche – wie der Ökobilanz des Umweltbundesamtes zu Getränkeverpackungen – einseitige Eingriffe in den Markt vornimmt.

Statt dessen ist ein Bewußtsein für globale Lösungsansätze gefordert. Im Umweltschutz ist dies die Ausgestaltung des Prinzips der 'Joint Implementation' durch die internationale Politik: trotz hoher Kosten ist in den meisten Industrieländern mit zusätzlichen Umweltauflagen für den weltweiten Umweltschutz effektiv nur wenig zu bewirken. Würden Umweltschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern von den Industrieländern finanziert werden, könnten die Auswirkungen auf die weltweite Umweltverschmutzung beachtlich sein.

Ähnliches gilt für aktuelle Entwicklungen in Europa. Eine entscheidende strategische Weichenstellung der Politik in Sachen Europa ist die Osterweiterung. Voraussetzung ist jedoch die Lösung eines alten Problems der früheren EG: eine grundlegende Reform der EU-Agrarmarktordnung. In Mittel- und Osteuropa sind 25 Prozent der Beschäftigten im landwirtschaftlichen Sektor tätig – in der EU sind dies 6 Prozent. Polen, Ungarn und die Tschechische Republik produzieren etwa so viel wie ein Viertel der gesamten EU-Produktion an Getreide und Schweinefleisch. Auf der anderen Seite frißt die komplizierte Regelung des Agrarmarktes trotz langjährigen Reformversuchen immer noch die Hälfte des EU-Haushalts. Die Erweiterung um die 10 Länder Mittel- und Osteuropas würde die Union unter den gegenwärtigen Bedingungen im Agrarbereich weitere 25 Prozent ihres Gesamthaushalts kosten. Die Lösung dieses Problems ist also vordringliche Aufgabe, um die Aufnahme mittel- und osteuropäischer Staaten in die EU vorzubereiten.

Deutsche Unternehmen sind nicht davon ausgenommen, noch mehr Bewußtsein für die Globalisierung zu entwickeln. Die deutsche Vereinigung war und ist nicht nur für die Politik, sondern auch für die Unternehmen eine große Herausforderung. Sie darf aber nicht dazu führen, daß Unternehmen ihre Anstrengungen im internationalen Markt vernachlässigen. Deutsche Unternehmen fangen gerade erst an, sich in internationale strategische Allianzen einzubinden, während vor allem Unternehmen aus dem angelsächsischen Raum hier Vorreiter sind. Transnationale Unternehmen können als Schrittmacher der Globalisierung bezeichnet werden. Ihre Zahl ist nach Angaben der UNCTAD von rund 7000 im Jahr 1970 auf 24 000 im Jahr 1990 und 38 600 im Jahr 1993 angestiegen. Unter den 25 größten Unternehmen ist mit Siemens aber nur ein deutsches.

Mit der Globalisierung liefern private Wirtschaftsakteure die wichtigsten Impulse für die Integration von Entwicklungs- und Schwellenländern in die internationale Arbeitsteilung. Rasches wirtschaftliche Wachstum geht aber oft mit Krisentendenzen einher, weshalb der internationalen Zusammenarbeit in dieser Hinsicht eine Schlüsselaufgabe zukommt. Die Unterstützung von weniger entwickelten Ländern beim Anschluß an die Globalisierung ist vorrangige Aufgaben der Entwicklungszusammenarbeit. Dazu gehört die Unterstützung bei der Entwicklung leistungsfähiger Finanzsysteme in Entwicklungsländern oder die Beratung bei der Anpassung staatlich gesetzter Rahmenbedingungen an neue wirtschaftspolitische Anforderungen.

Neue Anforderungen an die Außenpolitik

Klaus-Peter Klaiber

Die deutsche Wirtschaft hat sich in den letzten Jahren auf eine völlig neue, globale Wettbewerbssituation einstellen müssen. Die Umsatzrenditen sind dramatisch zurückgegangen. Neue Märkte können nicht mehr nur durch Exporte erschlossen werden. Ein immer größerer Teil der Wertschöpfung muß im Ausland stattfinden, damit die Stammbasis zuhause gehalten werden kann. Das bedeutet aber auch: Die Risiken haben sich vergrößert, Information über die Verhältnisse vor Ort ist entscheidend. Zugleich werden die Unternehmen zuhause mit neuen Fragestellungen konfrontiert, die Folge des Wandels unserer Gesellschaft sind und oft einen Bezug zum Ausland haben: Man denke nur an die Aktionen von "Greenpeace" -Stichwort "Brent Spar"-, oder die Kritik an Unternehmen, die in Ländern investieren oder dorthin exportieren, wo die Menschenrechte verletzt werden.

Auch die Außenpolitik steht heute vor völlig neuen Herausforderungen: Das klar geordnete Weltbild der Zeit des Kalten Krieges gibt es nicht mehr. Der Zusammenbruch des Kommunismus brachte uns aber etwa nicht das Ende der Geschichte; im Gegenteil: neue, große Umwälzungen stehen uns im nächsten Jahrtausend bevor. Eine neue globale Ordnung ist noch nicht in Sicht. Da ist zunächst der atemberaubende Aufstieg Chinas. Wird es gelingen, ein zur wirtschaftlichen und politischen Supermacht aufsteigendes China in ein kooperatives internationales System einzubinden? Mit zunehmender wirtschaftlicher Verflechtung wächst auch unser Interesse an der politischen Stabilität des asiatisch-pazifischen Raumes. Grundlegende Fragen stellen sich: Was kommt nach der Pax Americana, die 50 Jahre lang die Grundlage für den Wirtschaftsaufschwung in Asien war? Wird die Idee des globalen Freihandels sich durchsetzen, oder wird die Welt im nächsten Jahrtausend in rivalisierende Handelsblöcke zerfallen? Bedrohen Fundamentalismus, aggressiver ethnischer Nationalismus, die Proliferation von Massenvernichtungswaffen die globale Stabilität und damit auch die globale Marktwirtschaft? Welche Folgen haben die Aus- und Einwanderungsströme der neuen Völkerwanderung, die sich derzeit weltweit, aber auch in Europa, abspielt?

All diese Fragen zeigen, daß mit Blick auf das nächste Jahrtausend lineare Fortschreibungen nicht mehr möglich sind; wir müssen mit Brüchen in den Entwicklungslinien rechnen. Klar ist auch, daß diese globalen Trends uns alle betreffen werden, die Außenpolitik ebenso wie die international tätigen Unternehmen.

Wirtschaft und Außenpolitik sind stärker aufeinander angewiesen

Wirtschaft und Außenpolitik befinden sich nicht nur beide in einer Phase des tiefgreifenden Wandels, sie sind auch in immer stärkeren Maße aufeinander angewiesen: Es geht um die Erschließung neuer Märkte, weil nur so der Standort Deutschland gesichert werden kann. Das Stichwort hierfür lautet "Information". Eigene Informationsnetzwerke waren schon zu den Zeiten der Fugger und der Medici der Schlüssel zum Erfolg. Dies gilt umso mehr heute, wenn immer exotischer werdende Standorte als Märkte erschlossen und in ein Produktionsnetzwerk integriert werden sollen. Die vom Auswärtigen Dienst gebildete Infrastruktur gewinnt deswegen an Gewicht. Es geht nicht nur um die politische Flankierung bei Staatsaufträgen. Man wird zum Beispiel nur schwer junge deutsche Manager und Ingenieure nach Asien schicken können, wenn es dort keine Deutschen Schulen und andere Einrichtungen für die Familien gibt. Und schließlich: Die Akzeptanz deutscher Unternehmen im Ausland wächst, wenn die Auswärtige Kulturpolitik den Boden bereitet hat. Die kulturelle Dimension spielt eine umso größere Rolle, je weiter wir über unsere traditionellen Regionen hinausgehen. Japanische Unternehmen in den USA kaufen zum Beispiel ganze Football-Teams auf, um als Teil der amerikanischen Zivilisation akzeptiert zu werden.

Umgekehrt beeinflusst die Globalisierung der Wirtschaft die Definition unserer außenpolitischen Interessen. Ob Deutschland Gewinner oder Verlierer der neuen globalen Arbeitsteilung sein wird, ist auch für die Stellung unseres Landes in der Welt entscheidend. Die derzeit laufende Standortdiskussion ist daher auch für den Außenpolitiker von größter Bedeutung.

Oft wird die Standortdiskussion ausschließlich unter wirtschaftlichen Vorzeichen verstanden. Dies greift jedoch zu kurz. Der Standort Deutschland ist auch politisch und kulturell neu zu definieren: Wir müssen unsere Identität im wiedervereinigten Deutschland zukunftsgerichtet neu bestimmen und die Frage beantworten, welche Rolle Deutschland in Europa und weltweit spielen möchte. Wir Deutschen müssen unsere Interessen auf der Grundlage der politischen Fakten klarer erkennen. Diese Fakten sind:

1. Deutschland ist nach der Wiedervereinigung das wichtigste und einflußreichste Land in Europa.
2. Deutschland muß sich zu seiner kulturellen Identität ebenso bekennen wie zur jüngsten tragischen Vergangenheit, die ebenso Teil unserer Geschichte ist.
3. Die Deutschen tragen in Europa die Hauptverantwortung für:
 - die weitere Integration der Europäischen Union
 - die Ausdehnung von Frieden, Stabilität und Wohlstand auf die Länder Mittel- und Osteuropas
 - die Erhaltung der amerikanischen politischen und militärischen Präsenz in Europa.
4. Mit seinen europäischen Partnern hat Deutschland eine große Verantwortung, in einer wirtschaftlich und informationstechnisch globalen Welt zu bestehen.

Auswirkungen von Regionalisierung und Globalisierung auf nationalstaatlich organisierte Gesellschaften

Es stellt sich die Frage, welche Auswirkungen Regionalisierung und Globalisierung auf die nationalstaatlich organisierten Gesellschaften haben. Die Globalisierung von Politik und Wirtschaft führt notgedrungen zu einer Verringerung nationalstaatlicher Handlungsoptionen. Bei dieser Entwicklung besteht allerdings die Gefahr, daß sich das Individuum, daß sich der Bürger zunehmend seiner kulturellen, ethnischen und heimatlichen Verbundenheit beraubt fühlt. Die Bemühungen um weitere Integrationsfortschritte in der Europäischen Union lassen beispielsweise erkennen, daß jeder weitere Integrationsschritt schwerer wird als der vorhergehende. Nationale Interessen treten wieder stärker in den Vordergrund und erschweren das europäische Einigungswerk. Die nationalstaatliche Organisationsform bietet offenbar größeren Schutz vor Entfremdung und Entwurzelung.

Weder in der Wissenschaft noch in der politischen Praxis ist es bisher gelungen, dieses Phänomen rational voll zu erfassen und zu identifizieren. Für die globalisierte Welt der Zukunft brauchen wir in diesem Bereich jedoch eine überzeugende Antwort. Dies gilt für Deutschland ebenso wie für alle übrigen Länder weltweit. In der Europäischen Union werden keine weitreichenden Fortschritte mehr erreichbar sein, solange wir nicht überzeugende Vorstellungen über das Endziel der Europäischen Union entwickelt haben, welches unsere menschliche und kulturelle Vielfalt bewahren muß. Diese Zielvorgabe hat vor allem für uns Deutsche besondere Relevanz, die wir aus historischen Gründen ein nicht einfaches Verhältnis zum Nationalstaat und seinen Inhalten haben. Wenn wir die Menschen in Deutschland und in Europa für eine klare Vision der Europäischen Union gewonnen haben, wird Europa mit seinen menschlichen und intellektuellen Ressourcen sowohl politisch wie wirtschaftlich bestens für den globalen Wettbewerb gerüstet sein.

Entwicklungspolitische Zusammenarbeit zwischen nationalen Interessen und Globalisierung

Klaus-Jürgen Hedrich

”Globalisierung” ist ein häufig verwendeter Begriff in unserer modernen Welt geworden. Der Verfasser eines Artikels in der ”Weltwoche” drückte dies einmal so aus: ”Schon die notorische Häufigkeit, mit der das Thema auftaucht, sollte stutzig machen: Kaum eine Party, an der die Globalisierung nicht zur Sprache kommt. Kaum eine Politikerrunde, die sich nicht mit dem rasanten Zusammenwachsen der Weltwirtschaft befaßt. Kaum ein Managersymposium, wo nicht der immer härtere internationale Standortwettbewerb beschworen wird. Und längst haben auch die Medien in das Lamento eingestimmt. Globalisierung hier, Globalisierung dort, Globalisierung überall.”

Aber selbst diese Ironie angesichts der Häufigkeit, mit der wir heute über diese Fragestellung sprechen, ändert nichts an der Tatsache, daß Globalismus und Interdependenz die beherrschenden Strukturmerkmale unserer gegenwärtigen Weltordnung sind. Und ebenso unumstößlich ist die Tatsache, daß diese Veränderungen auch Konsequenzen für die Entwicklungspolitik haben. Die Frage, wie die entwicklungspolitische Zusammenarbeit zwischen nationalen Interessen und globalen Herausforderungen einzuordnen ist, ist von hoher Aktualität.

Verflechtung der Weltregionen

Die Entwicklungen in den verschiedenen Weltregionen sind so eng miteinander verflochten wie nie zuvor: Am Amazonas verschwinden Regenwälder – und das Klima der Erde verändert sich. Weltweit toben mehr als 40 Kriege – und Millionen Menschen sind auf der Flucht, Hunderttausende kommen auch nach Europa. Armut und Hunger bedrohen Millionen von Menschen in Entwicklungsländern – und lösen Völkerwanderungen aus. Aus nationalen Großunternehmen werden internationale Konzerne – und überall verschärft sich die Konkurrenz um Absatzmärkte und kostengünstige Produktionsstandorte. Die Öffnung der Außengrenzen, gewaltige Fortschritte in Technologie, Kommunikation und Transport, die zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtungen und die gemeinsame Abhängigkeit von Rohstoffen und natürlichen Lebensgrundlagen binden uns in der Einen Welt immer enger aneinander. Die Probleme der Welt sind komplexer geworden, unsere gegenwärtige Weltordnung erscheint alles andere als stabil.

Die Instabilitäten sind nicht mehr überwiegend militärischer oder strategischer Natur. Ein Blick in die abendlichen Nachrichtensendungen zeigt uns vielmehr ganz deutlich, daß die sozialen, ökologischen oder kulturellen Probleme im Zusammenleben der Menschen zunehmen. Gemeinsam ist ihnen, daß sie länder- und kontinentübergreifend sind und nicht mehr als interne Konflikte weit ab von unseren Grenzen abgetan werden können. Wir haben es insofern mit einer neuen Dimension von Sicherheitsrisiken zu tun, die uns alle betreffen. Wirtschaftliche Interdependenz, globale Umweltrisiken und neue transnationale Sicherheitsbedrohungen machen die internationale Staatengemeinschaft zu einer Interessengemeinschaft – ob sie es will oder nicht. Kein Staat kann auf Dauer seine Eigeninteressen auf Kosten des anderen verfolgen, ohne letztendlich selbst darunter zu leiden.

Die Entwicklungspolitik greift diese globalen Risiken auf. Zu ihrem Aufgabenfeld gehören typischerweise die Probleme, die sich nicht national eingrenzen lassen, sondern die Welt in ihrer Gesamtheit betreffen: Armut, außerordentliches Bevölkerungswachstum, Entwaldung, Bodenerosion und Wüstenbildung, Wasserknappheit und Luftverschmutzung, Ressourcenverbrauch, Klimaveränderungen, Abfallentsorgung, Krankheiten, Seuchen und Drogenanbau, um die wichtigsten Bereiche zu nennen. Mit dem Anspruch, diese Probleme gemeinsam zwischen Industrie- und Entwicklungsländern in den Griff zu bekommen, verfolgt Entwicklungspolitik die Vision einer weltweiten Verantwortungsgemeinschaft und Entwicklungspartnerschaft. Denn kein noch so starker Nationalstaat ist heute in der Lage, diese Probleme allein zu lösen.

Die Entwicklungspolitik ist in den vergangenen Jahren zu einer der tragenden Säulen unserer auswärtigen bzw. internationalen Beziehungen geworden. Aber ihre Bedeutung als Politik der globalen Zukunftssicherung mit ihren konkreten Auswirkungen auf das friedliche Zusammenleben der Völker ist noch längst nicht genügend im Bewußtsein der Öffentlichkeit verankert. Dazu trägt nicht zuletzt die Tatsache bei, daß die Medienwelt eine Globalisierung erfahren hat: Entwicklungen aus aller Welt können innerhalb kürzester Zeit in das Bewußtsein der Weltöffentlichkeit gelangen – und Katastrophen erweisen sich gemäß dem Motto: "Schlechte Nachrichten sind gute Nachrichten!" als besonders prime-time-tauglich. Auf diese Weise treten Erfolge der Entwicklungspolitik immer wieder gegenüber Katastrophenmeldungen und Berichten über einzelne Fehlschläge in den Hintergrund der öffentlichen und persönlichen Wahrnehmung.

Dazu kommt, daß die weltpolitische Lage nicht übersichtlicher geworden ist. An die Stelle eines klar auszumachenden Gegeneinanders zweier festgefügtter Blöcke ist heute in weiten Teilen der Welt das Auseinanderfallen überkommener Herrschafts- und Ordnungsstrukturen getreten. Eine neue Weltordnung ist nicht in Sicht, und manche sehnen sich schon nach dem damals ziemlich stabilen Gleichgewicht der Abschreckung zurück.

Bundespräsident Herzog hat unsere gegenwärtige Lage in einer seiner Reden sehr anschaulich dargestellt: Er verglich die Situation bis 1989 mit einem Ping-Pong-Spiel, Westen gegen Osten. Heute dagegen spiele man Rastelli: Man arbeite mit vielen Bällen gleichzeitig und wisse nicht, was dabei herauskomme und wie lange man durchhalte.

Neue Akzente der Entwicklungspolitik

In den entwicklungspolitischen Konzeptionen der Industrieländer wurden die einschneidenden Veränderungen des weltpolitischen Umfeldes – und insbesondere die "Zeitenwende" 1989/90 – zum Anlaß genommen, um neue Akzente zu setzen. Entwicklungspolitik sieht heute anders aus als noch vor 10 Jahren.

Wir wissen heute – und dies ist nicht etwa eine Ausrede für die engeren finanziellen Spielräume –, daß der Schlüssel zu dauerhafter Entwicklung nicht in erster Linie in quantitativen Größen wie der Höhe des Kapitaleinsatzes zu finden ist: Worauf es vielmehr entscheidend ankommt, ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Entwicklungspotentiale in unseren Partnerländern selbst mobilisieren und darüber hinaus Anreize für private Investitionen bieten. Entwicklung heißt vor allem, den Menschen neue Optionen und Spielräume zu verschaffen, die es ihnen erlauben, ihre schöpferischen Kräfte zur Verbesserung ihrer Lebenssituation zum Wohle der gesamten Gesellschaft zu entfalten. Entwicklung ist nur dort möglich, wo das politische System und die Wirtschaftsordnung gewährleisten, daß die Anstrengungen der Menschen und die Ressourcen der Gesellschaft der Entwicklung des Ganzen zugute kommen. Wenn die internen politischen, administrativen und rechtlichen Strukturen eines Landes die Entfaltung eigener Produktivkräfte und eine Teilhabe der Bevölkerung an den Früchten des Wachstums verhindern, ist eine erfolgreiche Entwicklung nicht möglich. Diesen grundlegenden Erkenntnissen trägt die entwicklungspolitische Konzeption der Bundesregierung Rechnung.

Zunächst: Wir setzen in unserer Zusammenarbeit stärkere politische Akzente. Das heißt, daß wir die Verbesserung der internen Rahmenbedingungen für Entwicklung in unseren Partnerländern zum zentralen Ansatz, d.h. zur Bedingung und zum Inhalt unserer Zusammenarbeit machen.

Öffentliche Hilfe kann nur dann zu nachhaltigen Erfolgen führen, wenn die Partnerländer durch Eigenanstrengungen und Eigenverantwortung ernsthaft bemüht sind,

- breite Bevölkerungsschichten am wirtschaftlichen Entscheidungs- und Entwicklungsprozeß teilhaben zu lassen und die Menschenrechte zu respektieren,
- für Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit zu sorgen,
- die menschliche Kreativität und das private Unternehmertum und damit die Marktkräfte zur Entfaltung zu bringen,
- eine tragfähige Umwelt- und Sozialpolitik zu entwickeln.

Um mit knappen öffentlichen Mitteln möglichst die dringlichsten Probleme effizient anzugehen, ist es darüber hinaus notwendig, Schwerpunkte zu bilden. In der deutschen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit sind dies

- Armutsbekämpfung
- Umweltschutz und
- Bildung und Ausbildung.

Das globale Problem Nummer eins: Die Armut

Die Vereinten Nationen haben das Jahr 1996 zum "Internationalen Jahr der Armutsbekämpfung" erklärt. Die Zahl der Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze leben, d.h. mit weniger als einem Dollar pro Kopf auskommen müssen, wird auf über eine Milliarde geschätzt. Die Armut äußert sich in vielfacher Form: Mangelhafte Ernährung, hohe Kindersterblichkeit, geringe Lebenserwartung, geringe Bildungschancen, schlechtes Trinkwasser und fehlende Gesundheitsvorsorge, keine Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen, kurzum: Äußere Bedingungen, die menschenwürdiges Leben verhindern. Man kann die Dimensionen der Armut auch so ausdrücken: erstens die Unfähigkeit der Grundbedürfnisbefriedigung aufgrund des Mangels an Einkommen und Vermögen, zweitens die fehlenden Voraussetzungen, um Einkommen und Vermögen zu erwerben und drittens, die fehlende Fähigkeit, diese Situation zu ändern.

Armut hat viele Ursachen. Sie liegen nicht nur im individuellen Bereich, sondern beruhen auch auf gesellschaftlichen Machtverhältnissen und Interessen. Der große Unterschied zwischen Arm und Reich bildet die größte Kluft in der Weltgesellschaft. Infolge des ungebrochenen Bevölkerungswachstums in Entwicklungsländern vergrößert er sich weiter und schwebt wie im Damoklesschwert über unserer Zukunft. Deshalb ist die Armutsbekämpfung Querschnittsaufgabe unserer entwicklungspolitischen Zusammenarbeit und wird in allen Sektoren und Programmen berücksichtigt. Häufig fehlt es Armen weder an Möglichkeiten zu lohnender gewerblicher Tätigkeit, noch an mangelnder Leistungsbereitschaft, Ideenreichtum oder Initiativen. Vielmehr gilt es, Hindernisse, die einer Entfaltung ihrer Möglichkeiten im Wege stehen, zu beseitigen. Dazu gehören vor allem auch fehlende wirtschaftliche und politische Mitsprache- und Entscheidungsmöglichkeiten.

Globale Probleme sind Herausforderungen für alle

Die globalen Probleme sind eine Bedrohung für uns alle: Die Minderung der Massenarmut ist eine Aufgabe, die wir nicht nur aus humanitärer Verantwortung und internationaler Solidarität wahrnehmen müssen. Armutsbekämpfung liegt vielmehr auch in unserem eigenen Interesse, weil Armut zur Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, zu weiterem Bevölkerungswachstum und zu Wanderungsbewegungen beiträgt. Sie stellt somit eine Bedrohung für die politische, wirtschaftliche und ökologische Stabilität in der ganzen Welt dar. Und wenn der Erhalt der tropischen Regenwälder und eine deutliche Reduzierung des CO₂-Ausstoßes nicht gelingen, wird auch uns – im wahrsten Sinne des Wortes – bald "die Luft ausgehen"!

Wir haben deshalb auch ein großes sicherheitspolitisches Interesse an einer effizienten Entwicklungszusammenarbeit. Was jenseits unserer Grenzen geschieht, berührt uns unmittelbar – und umgekehrt. Im Zeitalter der Globalisierung von Risiken verliert die Geographie an Bedeutung. Die Auswirkungen von Auseinandersetzungen, die sich in scheinbar weit entfernten Regionen abspielen, bekommen auch wir unmittelbar zu spüren. Nehmen wir nur ein aktuelles Beispiel, den vierjährigen Krieg in Ex-Jugoslawien. Deutschland hat 400.000 Flüchtlinge und Vertriebene aufgenommen, die Kosten der Aufnahme belaufen sich auf rund 14 Milliarden Mark. Das ist eine Größenordnung, die auch für ein wirtschaftlich starkes Land gewaltig ist. Und die Folgen, die die Aufnahme solch großer Flüchtlingskontingente auf unser gesellschaftliches Gefüge hat, sind noch nicht absehbar.

Krisen mit innerstaatlichem, sozialem, ethnischem oder religiösem Hintergrund sowie die damit verbundene Aufsplitterung politischer und gesellschaftlicher Strukturen sind zu einem neuen Kennzeichen unserer Zeit geworden. Mit der Bezeichnung "ethnischer" oder "religiöser" Konflikt ist dabei vorsichtig umzugehen: In der Regel stehen als Ursache hinter solchen Krisen der Kampf um Ressourcen, Prozesse der Staatenbildung oder Auseinandersetzungen um politische Macht. Tatsache ist aber, daß heute nicht mehr der klassische zwischenstaatliche Krieg das am häufigsten auftretende Konfliktmuster ist, sondern innerstaatliche Auseinandersetzungen. Über 90% der insgesamt 186 Kriege zwischen 1945 und 1994 haben in Entwicklungsländern stattgefunden. Derzeit werden in Afrika, Asien, Lateinamerika und auch in Europa über 40 Konflikte gewaltsam ausgetragen. Die Folgen sind Millionen Flüchtlinge.

Diese Orgien der Gewalt schaffen nicht nur unsagbares menschliches Leid. Sie vernichten auch – wie wir in Afghanistan, Somalia und zuletzt in Ruanda und Bosnien gesehen haben und jetzt wieder in Ruanda, Zaire, in Liberia und Burundi sehen müssen – die Entwicklungsinvestitionen und die Aufbauarbeit von Jahrzehnten.

Krisenprävention

Angesichts der Kriege, Bürgerkriege und Gewalteskalationen in den letzten Jahren, die zum Teil genozidartige Ausmaße angenommen haben, hat in der Politik und in der Öffentlichkeit die Einsicht zugenommen, daß mehr zur Krisenprävention getan werden muß. Andernfalls verkommt Entwicklungszusammenarbeit zum "Reparaturbetrieb" für bereits eingetretene Schäden und kann sich nicht mehr auf ihre eigentliche Aufgabe konzentrieren. Schon der gesunde Menschenverstand sagt uns, daß es sinnvoller ist, Krisen erst gar nicht zum gewaltsamen Ausbruch kommen zu lassen, als später die Schäden zu beseitigen.

Krisenprävention verlangt es, das Augenmerk auf die Militärhaushalte und die Rolle der Streitkräfte in den Partnerländern zu richten. Die Sicherheitskräfte können zur gesellschaftlichen Stabilität in einem Land beitragen. In manchen Ländern sind Militär und Polizei jedoch eher Ursache gesellschaftlicher Instabilität. Nicht selten gehen Menschenrechtsverletzungen gerade von diesen staatlichen Organen aus. Deshalb befaßt sich unsere Entwicklungszusammenarbeit mit Fragen der Überrüstung und der Stellung des Militärs in der Gesellschaft. Wir erfassen und bewerten systematisch die Rüstungsausgaben der wichtigsten Partnerländer und fördern insbesondere Demobilisierungsvorhaben. In Afrika und Zentralamerika müssen nach Ende der Bürgerkriege Armeen und Guerillatruppen entwaffnet und wieder in die zivile Gesellschaft integriert werden. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit leistet hier unter anderem durch beschäftigungsintensive Projekte, Programme zur Wohnungsversorgung oder Fonds zur Gründung kleiner Unternehmen Beiträge zur Wiederherstellung des inneren Friedens.

Für eine wirksamere Krisenprävention spricht auch das Argument der öffentlichen und parlamentarischen Legitimation von Entwicklungszusammenarbeit: Wenn Krisen zum Ausbruch kommen, Zerstörungen schlimmsten Ausmaßes in Fernsehbildern sichtbar werden und Milliardenbeträge zur Beseitigung von Schäden aufgewendet werden müssen, kann dies Resignation und das Erlahmen des Hilfewillens zur Folge haben. Noch größere Anstrengungen, Krisen vorzubeugen und Konflikte zu schlichten, sind deshalb unbedingt notwendig, um das Vertrauen in die Gestaltungskraft der Politik zu erhalten und zu verbreitern.

Entwicklungspolitik und wirtschaftliche Interessen

Nichts scheint die entwicklungspolitische Diskussion zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen derart zu polarisieren wie die Frage nach dem Verhältnis zwischen Entwicklungspolitik und wirtschaftlichen Interessen. Viele, für die sich Entwicklungszusammenarbeit vor allem in der Förderung von Selbsthilfegruppen verwirklicht, betrachten Infrastrukturmaßnahmen, die Einbindung der Privatwirtschaft und die geschäftlichen Möglichkeiten, die sich auch für die Außenwirtschaft ergeben, mit deutlichem Argwohn. Ich bin nachdrücklich dafür, das Verbindende zwischen Entwicklungszusammenarbeit und deutschen wirtschaftlichen Interessen in den Vordergrund zu stellen. Eines muß dabei klar sein: Aufgabe der deutschen Entwicklungszusammenarbeit ist nicht primär die Außenwirtschaftsförderung, sondern die Unterstützung der Eigenanstrengungen unserer Partner auf verschiedenen Ebenen zur Gestaltung einer nachhaltigen Lebensperspektive für die Menschen in unseren Partnerländern – und zur Sicherung der Zukunft von uns allen!

Zwischen einer Politik der Armutbekämpfung und der Förderung der Wirtschaft besteht aber kein Gegensatz, sondern – im Gegenteil – ein enger Zusammenhang: Die Förderung der Privatwirtschaft in unseren Partnerländern leistet einen Beitrag zur Erhöhung der wirtschaftlichen Effizienz, zur Beseitigung struktureller Ursachen der Armut und – langfristig – zur Veränderung politischer Strukturen. Dieser Bereich hat deshalb im Rahmen unserer entwicklungspolitischen Konzeption einen besonderen Stellenwert.

Die Unterstützung marktwirtschaftlicher Reformen tut ein übriges. Dies kommt langfristig vor allem auch unserer Wirtschaft zugute. Schließlich erwirtschaftet Deutschland einen Großteil seines Bruttosozialprodukts im Ausland. Indem wir zum Entstehen leistungsfähiger Partner in der Welt beitragen und Kaufkraft schaffen, helfen wir der Wirtschaft, neue Märkte zu erschließen und erleichtern ihr die Wettbewerbsbedingungen im Welthandel. Allein die Tatsache, daß drei Viertel aller Menschen in Entwicklungsländern leben, von denen manche bereits heute der Weltwirtschaft maßgebliche Impulse geben, macht deutlich, daß hier noch enorme Potentiale auch für unsere Volkswirtschaft liegen. Mit der Förderung marktwirtschaftlicher und politischer Reformen im Süden und Osten ebnet die Entwicklungszusammenarbeit somit den Weg für unsere Privatwirtschaft und hilft, den Wirtschaftsstandort Deutschland und unsere unmittelbaren nationalen Interessen zu sichern.

Mitverantwortung und Eigeninteresse

Deutsche Mitverantwortung für die Weltgemeinschaft und deutsche Interessen decken sich weithin. Entwicklungspolitik steht nicht zwischen nationalen Interessen und Globalisierung, sondern indem wir die globalen Probleme bewältigen, tun wir zugleich etwas für unsere eigene Zukunft und unsere eigenen nationalen Interessen.

Man muß allerdings vor unrealistischen Erwartungen an die Entwicklungspolitik warnen. Entwicklungspolitik kann lediglich einen Beitrag zur Entwicklung unserer Partner und zur globalen Zukunftssicherung leisten. Diese Einschränkung ist wichtig, um einer Überschätzung ihrer Möglichkeiten vorzubeugen. Entwicklungspolitische Zusammenarbeit allein kann eine global nachhaltige Entwicklung nicht sicherstellen. Das kann nur eine diesem Ziel verpflichtete widerspruchsfreie Gesamtpolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Unsere Glaubwürdigkeit gebietet es, mit gutem Beispiel voranzugehen. Wir müssen auch im eigenen Land nach Möglichkeiten suchen, die Ursachen von globalen Gefahren zu bekämpfen. Die Qualität unseres Engagements muß unserem gewachsenen Gewicht als eines der führenden Industrieländer in der Welt entsprechen – sonst werden wir unsere Partner nicht zu einer besseren Politik überzeugen können. Jeder muß aber wissen: Auch unsere eigene Sicherheit und unser eigener Wohlstand hängen davon ab, daß wir mit unseren Nachbarn und Partnern in Entwicklungs- und Transformationsländern dauerhafte Partnerschaften zum beiderseitigen Nutzen aufbauen. Schon der englische Wirtschaftsphilosoph Mill stellte vor eineinhalb Jahrhunderten richtig fest: "Der wahre Patriot weiß, daß das Wohlergehen aller anderen Länder im Interesse seines eigenen Landes liegt." Diese Erkenntnis sollte uns eine Leitlinie sein.

Globalisierung als Gestaltungsaufgabe für die Politik

Volkmar Köhler

Globalisierung sei unausweichlich, wird gesagt. Das klingt wie ein Verhängnis, das über uns gekommen ist. Wir müssen das Geschehen, inmitten dessen wir stehen, zugleich als Chance und als Gestaltungsaufgabe verstehen. Die Menschheit hat in diesem Jahrhundert mehr als je zuvor gelernt, global zu denken. Diese neue Sicht erlaubt auch zunehmend die Erkenntnis der globalen Zusammenhänge der Natur und des Klimas auf unserem Planeten. Erst ab 1985 war es allerdings mit Hilfe der Supercomputer der dritten Generation möglich, ein fast perfektes Klimamodell zu schaffen. Früher konnten die Menschen nur auf die Umwelt- und Klimakatastrophen reagieren, die es immer gab und die jeweils große geschichtliche Veränderungen bewirkten. Man erinnere sich an die Wanderungsbewegungen der Hunnen und der Türken nach Europa infolge von Dürrekatastrophen in Mittelasien oder die Austrocknung der Sahara bis zur Vernichtung der Kornkammer Roms in Nordafrika oder die Abholzung des Libanongebirges im Interesse des Baus antiker Flotten. Heute können wir drohende Gefahren präventiv erforschen, analysieren, Strategien zur Eindämmung, Beherrschung und Reparatur entwickeln. Diese neue Dimension bedeutet auch bei uns die Veränderung von Strukturen und von Verhaltensformen.

Politisch und ökonomisch ist die Globalisierung nach dem Zerfall der Strukturen des kalten Krieges in den letzten sechs Jahren über uns gekommen. Neue Ordnungsgefüge liegen noch im Ungewissen. Die Ausbreitung der Demokratie und unseres Wertesystems über den Globus ist nur in Grenzen erfolgt. Sie werden erneut bedroht, und wir suchen nach tragfähigen Regeln für das Zusammenleben sehr unterschiedlicher Zivilisationen. Auch aus ökonomischen Gründen sind unsere gesellschaftlichen Strukturen ins Wanken gekommen. Die explosionsartige Entwicklung der Kommunikationsmöglichkeiten, die Globalisierung der Produktionsmethoden, der Standortwettbewerb der Wirtschaftsnationen erzwingen tiefgreifende Umstellungen, die durch verkrustete Rechtssetzungen, administrative Hemmnisse und zähe Verteidigung ökonomischer und sozialer Besitzstände erschwert und verzögert werden.

Dies sind nur einige Faktoren, aus denen das zur Zeit verbreitete Gefühl der Unsicherheit resultiert. Besonders liegt diesem Empfinden die Widersprüchlichkeit der Trends zugrunde, die gleichzeitig auf uns einwirken. Die Globalisierung ist nur eine von mehreren Perspektiven, und sie hat sich trotz langjähriger Diskussionen offensichtlich nicht in idealer Reinheit erfüllt, jedenfalls auf lange Sicht nicht. Die eine Welt, das "global-village", in dem es nur noch eine Weltinnenpolitik gibt, existiert nach jahrzehntelanger Debatte bestenfalls tendenziell. Wir leben in einer paradoxen Ambivalenz von extremer Globalisierung und gleichzeitig zunehmender kultureller und sozialer Ausdifferenzierung. Zwei Welten scheinen aufeinander zu prallen: die Welt der globalen Vernetzung und Homogenisierung, wirtschaftlicher Mobilität und Emanzipation steht gegen eine Welt der Identitätswünsche und ihrer Differenzierungskraft, der Wiederentdeckung von Werten, der Sehnsucht nach Bindung und Rückbindung, der nationalen und ethnischen Selbstvergewisserung.

Man macht es sich zu leicht, wenn man sagt, das eine sei das Zukünftige, das andere das Gestrige. So haben wir zunächst reagiert, als wir 1990 den Nationalismus in Osteuropa und schon davor die Gottesstaatsideen in der islamischen Welt erlebten. Es mag sein, daß sich die beiden genannten Welten verschiedenen Zeiten zuordnen lassen, Tatsache ist aber, daß sie gleichzeitig da sind, und zwar bei uns selbst. Was ist denn die Diskussion über Vertiefung der Europäischen Union und Stärkung ihrer Handlungsfähigkeit bei gleichzeitiger Föderalisierung und Verwirklichung der Subsidiarität anderes? Unser Problem ist nicht, uns einer gleichförmig geradlinig wirkenden Tendenz anzupassen, sondern mit der verwirrenden Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen fertig zu werden.

Wir steht es vor diesem Hintergrund um die Bindekraft unserer westlichen Staatsordnungen und Gesellschaften?

Folgen der Globalisierung

Der Sozialstaat steht genauso zur Diskussion wie die tragenden Prinzipien unseres Staatsbegriffes, das Wertgefüge unserer Gesellschaft und das Verhältnis von civil society und Staat. Diskutiert wird auch die Zukunft des Nationalstaates. Wird er im Zeitalter der Globalisierung in regionalen Organisationsformen aufgehen? Gewiß nicht im Sinne des alten Traumes, daß er als überflüssig zerfällt, sondern der auf Nationen gegründete Staat wird gerade für den Prozeß der Regionalisierung als handelndes Subjekt unverzichtbar sein, wenn die neuen Herausforderungen neue Strukturen erzwingen. Diese aber sind nötig, wenn Globalisierung nicht zur Gefahr werden soll. Es steht nämlich mehr zur Debatte als nur unsere Selbstbehauptung in dieser weltweiten Entwicklung, mehr als nur der Standort Deutschland. Globalisierung bedeutet auch eine dramatische Zunahme der Transporte von Rohmaterialien und Produkten auf diesem Planeten. Ein Wirtschaftsmuster, dessen Mangel an Nachhaltigkeit niemand bezweifelt, wird auf die ganze Welt übertragen und vervielfacht den raschen Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen. Dieses ist vorrangig nicht ein Problem der unter ökonomischen Zwängen handelnden transnationalen Unternehmen, sondern das Problem der Politik und ihrer Instrumente.

Freiheit für den Welthandel und den internationalen Kapitalverkehr sind fraglos hohe Güter. Regierungen, Weltbank und Weltwährungsfonds stehen aber in der Verantwortung, wenn bei diesem Prozeß die demokratischen Kontrollen auf der Strecke bleiben sollten. Lassen sich die Investitionsstrategien der Großfirmen und die Aktivitäten auf den internationalen Finanzmärkten durch nationale Regierungen und Parlamente noch überblicken und nötigenfalls steuern? Besteht angesichts der begrenzten Kraft der UNO, die eben keine demokratisch verfaßte Weltregierung ist, die Gefahr, daß in Wahrheit die Wirtschaft die Welt egoistisch regiert? Es muß diskutiert werden, welche globalen Lösungen durch die globalen Interdependenzen erforderlich werden. Das kann weit über die UNO-Charta von 1945 hinausgehen. Zugleich sind aber auch lokalen und regionale Antworten nötig, denn es wäre nichts als ein Traum, auf baldige umfassende und weltweite Lösungen der UNO zu hoffen. Demokratie, menschliche Werte und menschliche Existenzen dürfen nicht aufs Spiel gesetzt werden. Auch im Prozeß der Globalisierung müssen die Menschen die Kontrolle über ihre eigenen Angelegenheiten behalten.

Die Welt der Entwicklungspolitik wird im Zuge dieser Entwicklung neue Aspekte erhalten. Die vorrangige Aufgabe der Armutsbekämpfung wird an Bedeutung nicht verlieren, zumal die Globalisierung den Zustand dualer Entwicklung in einigen Ländern verschärfen kann. Die Sicherung der Umwelt und der Ressourcenschutz können noch wichtiger werden, als sie heute schon sind. Vor allem aber werden sich auf die Dauer nicht mehr ein einheitlicher Block von Gebern der Entwicklungshilfe und eine schon längst vielgestaltige Gruppe von Empfängern unverrückbar gegenüberstehen, wie es jahrzehntelang gewesen ist. Kein Land kann ohne weiteres mit der Erhaltung seiner gewohnten Position rechnen. Auf- und Absteiger werden das Leistungsbild der Gruppen verändern und in neue Rolle hineinwachsen müssen. Wann Schwellenländer als neue Geber heranzuziehen sind, wie sich die Strukturen der Empfänger weiter differenzieren, das bedarf sorgfältiger Beobachtung und politischer Gestaltung.

Besonders drängt sich allerdings die Frage auf, ob die durch Globalisierung ausgelösten Industrialisierungsprozesse in der Dritten Welt nicht Gegenstand von Entwicklungspolitik sein müssen. Seit den negativen Erfahrungen mit den Industrialisierungsstrategien der sechziger und frühen siebziger Jahre ist Industrialisierung fast zum Tabu der Entwicklungspolitik geworden. Im Journalistenhandbuch des BMZ taucht dieses Stichwort schon seit Jahren praktisch nicht mehr auf. Vergessen ist, daß die UNIDO 1974 das Entwicklungsziel definierte, bis zum Jahr 2000 sollten nicht mehr 8 %, sondern 25 % der Weltindustrieproduktion in der Dritten Welt erzeugt werden. Mancher erinnert sich noch daran, welche industrie- und bildungspolitischen Debatten diese Vision damals bei uns ausgelöst hat. Wird es wieder Zeit, sich daran zu erinnern, daß der erste deutsche Entwicklungsminister Entwicklungspolitik als pre-investment für wirtschaftliche Zusammenarbeit definiert hat? Schon längst kann doch niemand mehr glauben, daß ein menschenwürdiges Leben für die Millionen geschaffen werden kann, welche die ländlichen Räume verlassen haben und in die Ballungszentren der Dritten Welt geströmt sind, es sei denn durch gewerbliche und industrielle Arbeitsplätze. Alle Pflege ländlicher Räume kann diese Situation bestenfalls mildern, aber nicht verändern.

Aus solchen Überlegungen resultieren viele Fragen, z.B. nach künftigen Handelsströmen, entwicklungspolitisch gebotenen Marktöffnungen und ihren strukturellen Konsequenzen. Schaut man auf die für das Jahr 2010 anvisierte Freihandelszone rund um das Mittelmeer, so ist das alles schon längst keine Zukunftsmusik mehr. Was kann Entwicklungspolitik, bilateral oder multilateral dabei leisten? Wo liegen ihre Grenzen? Welche Kohärenz verschiedener Teilpolitiken (Wirtschaft, Handel, Agrarpolitik, Umwelt) muß geschaffen werden, um die bereits im Gange befindlichen Prozesse zu optimieren? Welchen Stellenwert und welche Funktion als soziale Reparaturkolonne eines übermächtigen Geschehens von vornherein bescheiden. Es ist gewiß an der Zeit, diese Debatte jetzt aufzunehmen.

Symbolische Politik hilft nicht weiter

Lediglich symbolische Politik hilft uns nämlich in dieser Lage nicht mehr weiter. Noch weniger das beliebte Spiel, das der Soziologe Niklas Luhmann mit dem Wortungeheuer "Inkompetenzkompensationskompetenz" belegt hat. Dies beschreibt die Erfahrung, daß oft, wenn eine Kompetenz nicht zufriedenstellen und plausibel wahrgenommen werden kann, die Akteure dazu neigen, ihre Inkompetenz dadurch zu kompensieren, daß sie den Rahmen für die Kompetenz, die sie sich zugeeignet wünschen oder anmaßen, erhöhen, ausweiten, ungenauer, aber zugleich breiter werden lassen. Wer das Agrarproblem der EG nicht zu lösen vermag, macht sich dann an die Grundfragen eines neuen EU-Vertrages. Wer die Friedensmissionen der UNO nicht erfolgreich zu organisieren weiß oder es nicht zu tun wünscht, redet von einer grundsätzlichen UN-Reform. Immerhin haben gewichtige politische Gruppen in Deutschland in dieser Weise jahrelang zum Jugoslawienproblem diskutiert. Aber auch auf anderen Ebenen flüchtet man aus Problemen, deren Lösung man fürchtet, in die Hoffnung auf Grundsatzdebatten an einem runden Tisch. Hilfreich für das politische Handeln sind aber allgemeine Rasonnements nicht.

Globalisierung sei unausweichlich, wird gesagt. Wir sehen darin eine Gestaltungsaufgabe und auch eine neue Chance der Entwicklungspolitik. Welche neue Antworten auch möglich sind, auch in Zukunft ist Entwicklungspolitik ohne tiefe mitmenschliche Verpflichtung nicht denkbar. Wenn Globalisierung eine neue Dimension der Machbarkeit bedeutet, ist die Bewahrung der sittlichen Grundlagen unserer Gesellschaft umso wichtiger. Wir wissen, daß eine Gesellschaft ohne diese Bindung nichts als eine im Zweifelsfall wohlorganisierte Räuberbande ist. So ist auch Demokratie eine höhere Qualität als eine mehr oder weniger zweckmäßige Funktionsform. Sie ist die entscheidende Antwort auf die furchtbaren Verbrechen und Irrungen unserer Geschichte in diesem Jahrhundert und der als richtig erkannte Weg, um menschenwürdiges Leben, Freiheit und Gerechtigkeit zu gewährleisten. Diesen Prinzipien ist alles andere unterzuordnen. Sie stehen im Interesse einer noch so faszinierenden Machbarkeit nicht zur Disposition.

1) Die amerikanische Regierung unterstützt z.B. die Entwicklung der Informationstechnologie für die nationale Netzinfrastruktur mit ca. 1,2 Milliarden Dollar auf zehn Jahre. Für die Verwirklichung von Transeuropäischen Netzwerken hat die EU bis 1999 250 Millionen ECU zur Verfügung gestellt (Wilke). Das vierte Rahmenprogramm der EU für die Forschung und technologische Entwicklung sieht für die Jahre 1994 bis 1998 insgesamt 2,5 Milliarden DM vor.

- 1) Zitat nach Nikolaus Pieper, Angstfaktor Weltmarkt, Die Zeit vom 5.4.1996
- 2) Karl Kaiser, Deutsche Außenpolitik in der Ära des Globalismus, Internationale Politik 1/1995, S. 27-36
- 3) Ulrich Beck, Kapitalismus ohne Arbeit, Der Spiegel 20/1996, S. 140 ff, 146
- 4) Joschka Fischer, Solidarität und Globalismus, Der Spiegel 4/1996, S. 97-101
- 5) Oskar Lafontaine, Standortwettbewerb kann nicht die Lösung sein, FAZ vom 27. 6. 1996
- 6) Jürgen Rüttgers, Wandert der Wohlstand aus?, FAZ vom 21. 8. 1996

Reihe "Aktuelle Fragen der Politik":

1. Joachim Gauck/Gerd Langguth/Wolfgang Schuller/Ines Veith:
Wahrheit und Gerechtigkeit: Taten und Folgen der SED-Diktatur
2. Politische Mitte und nationale Einheit:
Andreas Hermes 1878 – 1964
3. Wolfgang Brezinka/Franz Petermann/Lothar Schneider:
Mut zur Erziehung
4. Alexander Fischer/Manfred Agethen:
Die CDU in der sowjetisch besetzten Zone/DDR 1945 – 1952
5. Hedwig Dohm/Angela Merkel/Rita Süßmuth:
75 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland – Rückblick und Bilanz
6. Lothar Willmitzer/Günter Altner/Hans Mathias Kepplinger/Hans Mohr: Rationalität und Irrationalität in der
Gentechnologie-Diskussion
7. Karl-Ernst Jeismann/Udo Margedant/Wolfgang W. Mickel/
Bernhard Sutor:
Deutschland und Europa im Schulbuch
8. Marc Fischbach/Werner Heldmann/Jürgen Schreier/Rolf Wittenbrock:
Qualitätssicherung des Gymnasiums
9. Hans-Jörg Bücking/Armin Dittmann/Hans-Josef Ruhland/
Dietrich Tessmer/Geerd Woortmann/Reinhard Zedler:
Zur Zukunft der Berufsbildung
10. Jochen Borchert/Elmar Brok/Melanie Piepenschneider:
Europäische Integration als deutsches Interesse
11. Birgit Breuel/Reinhard Göhner/Hans Peter Stihl:
Deutschland – Standort mit Zukunft
12. Karl-Rudolf Korte/Matthias Zimmer:
Der Weg zur deutschen Einheit
13. Wolfgang Schäuble/Bernhard Vogel/Dorothee Wilms/Rainer Jork:
Deutschlands innere Einheit
14. Manfred Kanther/Berndt Seite/Heinz Eggert:
Innere Sicherheit in Deutschland
15. Helmut Kohl/Horst Möller/Hans Maier/Peter Hintze/
Günther Schulz/Gerd Langguth:
Der 20. Juli 1944 – Widerstand und Grundgesetz

16. Karl-Heinz Daehre/Werner Dörflinger/Klaus Groth/
Gerd Langguth/Berndt Seite:
Wohnraum schaffen
17. Norbert Lepszy:
"Die Republikaner" im Abwind
18. Rainer Eppelmann/Hartmut Koschyk/Peter Maser/
Friedrich-Christian Schroeder/Dorothee Wilms/Roswitha Wisniewski:
Die Diktatur der SED - Geschichte und Folgen
19. Paul Krüger/Erwin Teufel:
Zukunft gestalten durch Wissenschaft und Technik
20. Christine Lieberknecht/Arnold Vaatz/Steffen Heitmann:
Unterwegs zur Einheit
21. Winfried Pinger/Ulrich Popp/Karl Osner/Gisela Hayfa/
Burkhard Hinz/Jürgen Wuttke:
Armut bekämpfen – Selbsthilfe fördern
22. Barbara Bertram/Hans Bertram/Ingo Gensch/Marita Körner/
Eva Marie v. Münch/Franz Ruland:
Vater, Mutter – und Beruf?
23. Günther Rüter:
Politische Kultur und innere Einheit in Deutschland
24. Norbert Lammert/Karl Spelberg/Manfred Weiß:
Neue Wege in der Ausbildungsfinanzierung
25. Albrecht Martin/Thomas M. Gaulty:
Christliche Grundsätze in der Politik
26. Mariana Aylwin/Monika Baumhauer/Katalin Filó/Monjanku Gumbi/
Lee Hyo-Chae/Marlene Lenz/Claudia Nolte/Amal A. Sabbagh/
Zhang Quingfang:
Weltfrauenkonferenz – Gleichberechtigung, Entwicklung, Frieden
27. Joachim Bitterlich/Rudolf Seiters:
Europäische Aufgaben bis zum Jahr 2000
28. Hans-Olaf Henkel/Jürgen Mittelstraß/Jürgen Rüttgers/Bernhard Vogel:
Wieviel Forschung braucht Deutschland?
29. Peter Lösche/Hans-Joachim Veen:
Die Zukunft der Volksparteien

30. Hartmut Graßl/Angela Merkel:
Ist unser Klima noch zu retten?
31. Brigitte Baumeister/Michael Kastner/Matthias Wissmann:
Wirtschaft trifft Politik
32. Klaus-Jürgen Hedrich/Norbert Herkenrath/Gerd Langguth/
Günter Linnenbrink/Peter Molt:
Mut zur Entwicklungspolitik
33. Dieter Althaus/Matthias Rößler/Wolfgang Schäuble/Hans Zehetmair:
Durch Erziehung Werte vermitteln
34. Heiner Geißler/Klaus-Jürgen Hedrich/Andreas Krautscheid/
Marlene Lenz/Rita Süsmuth:
Menschenrechte als politischer Auftrag
35. Klaus von Trotha/Gebhard Ziller:
Innovation und Biotechnologie
36. Hermann Lübbe/Bernd Neumann:
Informationsgesellschaft – Quo vadis?
37. Lothar Beinke/Johan C. van Bruggen/Armin Dittmann/
Christoph Führ/Jörg-Dieter Gauger/Reinhard Mußgang/
Aloysius Regensbrecht/Jürgen Rekus/Herbert Reul/
Klaus Westphalen/Heinz-Werner Wollersheim
Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft?
Zur Diskussion um die Denkschrift
der Bildungskommission NRW
38. Gerhard Finn/Frank Hagemann/Peter Maser/Helmut Müller-Engbergs/
Günther Wagenlehner/Hermann Wentker:
Unrecht überwinden – SED-Diktatur und Widerstand
39. Wolfhard Hoffmann/Joachim Jäger/Hermann Lutz/Gerd Neubeck/
Dagmar Pohl-Laukamp/Karl-Heinz Reuband:
Kriminalität in Städten und Gemeinden –
Herausforderung kommunaler Kriminalpolitik
40. Klaus Töpfer/Klaus Rauen/Peter Götz:
Städteipfel Habitat II– Deutschland und die globale Herausforderung

41. Klaus-Jürgen Hedrich/Klaus-Peter Klaiber/Volkmar Köhler/
Carsten Kreklau/Armin Laschet/Werner Link/Ruprecht Polenz:
Globalisierung und Politik

In Vorbereitung (Arbeitstitel):

Philosophie und Politik